

Erscheint täglich außer Montags... Abonnementpreis für Berlin...

Vorwärts

Inspektions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeitspalte...

Zeitsprecher: Just G. Nr. 4106.

Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Freitag, den 30. Januar 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Der Auch-Arbeiter.

Die Richter und Paulsen haben einen Bundesgenossen, der gleich ihnen das Kreuz genommen hat...

Wer erinnert sich nicht dieses würdigen Herrn, den die Bourgeoispreffe erscheinen läßt...

Da ist eine Arbeiterversammlung gewesen, deren Verlauf, deren Beschlüsse den Besitzenden unangenehm sind...

Oder in einem konservativen oder sonstigen Kartell-Konventikel weiß der Herr Kommerzienrath oder Fabrikant...

Und wenn das Glück gut ist, steht vielleicht ein leibhaftiges Exemplar solch eines Biedermannes eines Tages auf der Rednerbühne...

Das Letzte aber ist der beste Fall. In der Regel ist der Auch-Arbeiter ein Gespenst...

Am spasshaftesten wirkt diejenige Spielart dieser im Dienste des Geldsacks von Zeit zu Zeit auf die öffentliche Schaubühne...

warnen, der Bourgeois, sagen wir, schaut zu allen Knopflöchern heraus...

Vor uns liegt eine Broschüre, die kurz vor dem Fall des Ausnahmegesetzes als Waffe gegen die Arbeiterbewegung...

Braucht es erst gesagt zu werden, daß dieser Hansen auch — Arbeiter ist?

Nichts kennzeichnet den Hansen und seine Auftraggeber besser, als die Ausführung einiger Stellen aus der Broschüre.

Man hört heutzutage gar viel über die Konkurrenz der Frauen- und Kinderarbeit klingen...

Aus diesem erbellt wohl zur Genüge, wofür Geistes Kind der Bursche ist...

Die Gewerkschafts-Organisation ist diesem „Arbeiter“ natürlich ein Greuel...

Die erste Forderung, welche diese sozialdemokratischen Geher aufstellen, ist die Gründung eines Verbandes...

Niedlich ist die Schilderung der „Agitatoren“:

Die meisten Agitatoren waren früher einfache Arbeiter wie wir, nicht besser und nicht schlechter...

Und gewiß unter dem Eindruck der Szenen im „Englischen Buffet“ unter den Linden...

„Seht Euch doch einmal die Helden aller Strafenlandale an! Sind es nicht immer junge Leute von 18 bis höchstens 22 Jahren...“

Und wie tiefstünnig ist seine Geschichtsphilosophie!

Als im Jahre 1792 die große französische Revolution einen vorwiegend sozialdemokratischen Charakter annahm...

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

Plötzlich war es aus: Kristian Thorseng hatte sich mit einer seiner Kousinen verlobt...

„Ach, wie er Recht hatte, der Pastor Gold —: daß diese Welt nur Betrug und Eitelkeit sei! Vorher hatte sie das nicht verstanden...“

nun an wollte sie der Welt gänzlich entsagen. Nur an Gott wollte sie denken...

Sie folgte des Pastors Rath und versuchte zu beten. Das half. Denkt Euch, wie gemüthlich mußte Kaplan Gold es nicht haben...

Janny begann einen neuen Lebenswandel. Sie betete fleißig und lernte ihre Lektionen und wurde eine sehr tüchtige Konfirmandin...

um den Geist des Gebetes. Und wenn in ihrem Gebete nicht die richtige Wärme war...

— Der Konfirmationsstag erschien.

Das Konfirmationskleid hatte so viel Mühe gekostet, daß Janny darüber fast wieder weltlich geworden wäre...

Es war so fürchterlich, fürchterlich lustig; es zappelte und zuckte in ihrem ganzen Körper...

Mit den alten, ekelhaften Kleiderstücken legte sie ihr ganzes Kinderdasein ab. Ach gottlob, damit war sie nun fertig...

Unter Mama's kundiger Hand fühlte sie sich stufenweise in eine Dame verwandelt. Sie wurde erwachsen frisiert; — ei, wie das wirkte! Sie mußte lachen...

Jeder, der anderer Meinung war wie sie, wurde enthauptet. Da ihnen das Köpfen mit der Hand zu langsam ging, erfanden sie eine Maschine, die Guillotine, mit der sie Hunderte täglich köpften. Viele hunderttausend unschuldiger Menschen sind von diesen blutigen Händen mittelst der Guillotine ums Leben gebracht. Zum Gerichtshalten war keine Zeit, der Verdacht allein genügte, um den Unschuldigen auf das Schaffot zu bringen. Marat stand auf der Rednertribüne des Konvents mit einer Pistole in der Hand, um jeden, der ihm widersprach, über den Haufen zu schießen.

Hören wir, was der Tory Carlyle in seiner „Geschichte der französischen Revolution“ (III., S. 392) über die Opfer der Guillotine sagt:

„Der Konvent veröffentlichte nach dem Sturze der Jakobiner, um sich zu rechtfertigen und seine Stellung zu befestigen, Listen über das, was die Schreckensherrschaft vollbracht hatte: Listen der guillotinierten Personen. Die Listen, erklärt der griechische Abbe Montgaillard (ein royalistischer Berichterstatter), waren nicht vollständig. Sie enthalten die Namen von, wie vielen Personen meinst Du, freundlicher Leser? Sechshunderttausend. Es waren über vierhundert, ruft Montgaillard aus: so viele wurden guillotiniert, erschossen, ertränkt, in gräßlicher Weise zu Tode gebracht, darunter neunhundert Weiber. Das ist eine erschrecklich große Menge Menschenleben, Herr Abbe. Etwa zehnmal so viel regelrecht auf einem Schlachtfeld erschossen, und es hätte Einer seine Siegesfeier mit einem Lebeum gehabt. Es ist ungefähr der zweihundertste Theil derer, die im ganzen siebenjährigen Krieg zu Grunde gegangen sind“.

Nicht die Stumm, die Massenez und andere Unternehmer treiben Wahlvereinsflüssung. Die Sozialdemokraten thun's.

Hat man Recht über die Schlechtigkeit anderer Menschen zu klagen, wenn man selbst nichts taugt? Ist es nicht auch Wahlvereinsflüssung, wenn einem Arbeiter, der nicht für den Sozialdemokraten zu stimmen geneigt ist, beim Betreten des Fährdampfers die Worte entgegenschallen: Komm nur an Bord, dann schlage ich Dir den Schädel ein, daß Dir die Suppe daraufliegen soll und verfaule Dich noch obendrein; denn Du hast für den Gegenkandidaten gestimmt“.

Diese Auszüge sind genügend, um die Methode, nach welcher die Gegner arbeiten, zu charakterisieren. Dumm und verlogen, schamlos und brutal, das ist der Inhalt ihrer Weisheit.

Und mit solchem Gefindel muß man sich herum schlagen.

Briefe aus Frankreich.

Paris, den 19. Januar.

Die letzten Senatswahlen — sie erfolgten nach den republikanischen Erklärungen des Kardinals Lavergne und zwei oder drei anderer Bischöfe und entrißen der monarchischen Rechten zehn Sitze — beweisen, daß auch der reaktionäre Theil unserer Bourgeoisie sich mehr und mehr klar wird über die republikanische Partei oder vielmehr den Profit, welchen er durch seinen Anschluß an dieselbe aus der Republik ziehen kann.

Während der vergangenen 20 Jahre wachte die Republik stets darüber, daß die Kapitalistenklasse keinen Schaden erlitt; für die Beschwerden der arbeitenden Klasse zeigte sie sich so unempfindlich, wie selbst wenige Monarchen! Die Erfahrung dieser Zeit hat endlich auch den Blinden die Augen geöffnet über die Wahrheit der Worte Dechanel's in der landwirtschaftlichen Versammlung zu Dreux im Jahre 1878:

„Das Mittel, der sozialen Gefahr zu entgehen, besteht nicht darin, die staatsverhaltenden Kräfte zu zersplittern, sondern sie auf dem einzigen Boden zu sammeln, auf dem eine Einigung möglich ist, auf dem Boden einer weisen, vernünftigen, gemäßigten Republik.“

Und, getrieben von den Fortschritten des Sozialismus, kommen Geldmänner, Industrielle, große Grundbesitzer, kurz alle, die ohne Arbeit von der Arbeit anderer leben, in immer größerer Anzahl auf die republikanische Staatsform als das unter den gegenwärtigen Zuständen Frankreichs beste Bollwerk gegen das Proletariat und seine Forderungen.

In Rom sprach sich vor nicht allzu langer Zeit M. Jules Ferry, über dessen Rückkehr in den Senat die Opportunisten eben jabeln, einem Interviuw'er gegenüber nicht viel anders aus:

„Die Republik, sagte er zu einem katholischen und republikanischen Journalisten, Mr. Henry des Houz, ist unendlich fester gegründet, als es eine Monarchie sein könnte. Mit dem Namen Republik versuchen wir nur unter mächtigen Schwierigkeiten die materielle Ordnung — soll heißen: Bourgeoisie-Ordnung — zu erhalten.“

ein Nieder! hihi! denkt Euch; ein Nieder, zum ersten Mal in ihrem Leben ein Nieder; ach, war das schön, o, wie wurde sie Dame!

— Dann das Kleid.

Mama hatte sich ausgezeichnet. Es war ein reizendes schwarzes Kleid, reine Wolle, mit einer breiten Seidenschleife auf der Seite und Passanterie auf der Taille; es sah wirklich elegant. Fanny war nahezu gerührt. Ertröhend schaukelte sie sich vor dem Spiegel hin und her und übte sich, mit einer Schleppe zu gehen; — konnte das wirklich sie sein, die so schön war! Die weißen Blenden um den Hals und um die Hände gaben ihr ein festliches Aussehen; sie erinnerte fast an eine junge Braut. Dann kam das, was nahezu das wichtigste von Allem war: — die Handschuhe. Neue, feine, schwarze Handschuhe. Sie richtete sich in elegantem Selbstgefühl hoch auf und war Dame. Mit der ruhigen Geschäftigkeit einer Dame knöpfte sie ihre Handschuhe zu. Knopf um Knopf, Knopf um Knopf... es gefiel ihr, daß sie eng waren. Nun durfte man sie Fräulein nennen. Hihi, hihi, denkt Euch, heute Nachmittags nannte man sie Fräulein. In allem Ernst Fräulein; Fräulein, Fräulein Holmsen...
Schließlich wurde der Hut aufgesetzt. Es war ein schwarzer, eleganter Sammethut, auf einer Seite aufgedrückt, mit weißer Feder. Ach, wie er sie kleidete! Sie stand vor dem Spiegel und wagte kaum, sich recht anzuschauen. O du mein, wenn sie einmal in solchem Kostüm auf die Bühne kam...
Keine Spur mehr vom Schulmädchen. Keine Spur von etwas Anderem als der Tochter des reichen Mannes. Ja, ja, die rothen Hände; aber das verging bald... wie sonderbar leicht und fein sie geworden, wie „nobel“ und frei und einnehmend; — „ah, Fräulein Holmsen?... es freut mich, Ihre Bekanntschaft zu machen, Fräulein Holmsen!“... An das Schulmädchen von gestern erinnerte sie sich nicht mehr; das war gar nicht sie, — dieses zersetzte Ding mit dem Kleid bis ans Knie: sich nur vorzustellen, daß jemand so herumgehen konnte...

Mama saß und betrachtete ihr Werk mit stillem Lächeln.

„Ja, nun bist Du fein, Krauslöpschen!“ — Fanny fühlte eine überwältigende Lust, Mama zu küssen und ihr für alles Gute zu danken; die Thränen wollten hervor; sie hatten ihr die ganze Zeit über auf der Brust gelegen. Sie lächelte auch ihre Mutter und dankte ihr für alles Gute; aber sie mußte es vorsichtig thun, damit das Kleid nicht verknittert werde, und mit Ruhe, denn sie wollte jetzt nicht weinen. Sie mußte heute hübsch sein, wenigstens bis sie in die Kirche kam. —
Thorjeng kam mit seinem Wagen und holte sie. Ja, nun mochte ihretwegen Rabett Horn sie sehen... Blühlich fiel ihr Grette ein. Denkt Euch, wie fein erst Grette heute sein würde. Denkt Euch: ein Seidenkleid. Denkt Euch: eine wirkliche Friseurin! Und am Abend hatte sie einen Ball, während Fanny sich mit einem Diner bei Lea begnügen mußte. Nicht daran denken, nicht daran denken! Jetzt nicht. Nur froh heute, nur froh heute; es war ja der Konfirmationsstag! Denkt Euch, nun war er gekommen. „Endlich!“ — sagte Junger Per... — An Gott sollten wir heute denken, an Gott und Jesus; es war gar nicht ausgemacht... ja, und dann an den h. Geist... es war gar nicht ausgemacht, daß Grette hübscher aussehene mußte als sie, weil sie hübschere Kleider hatte; darauf kam es nicht an; nein, durchaus nicht...
— Die Glocken auf dem Kirchthurm zu Vestre Meer begannen zu läuten.

XIII.

„Na, will das Fräulein vielleicht auch heute den Konfirmationsstaat anziehen?“ sagte Mama; sie war in ihrer Morgenlaune.

Fanny starrte Mama voll Entsetzen an.

„Soll ich vielleicht wieder mein Kinderkleid hernehmen?“

„Jesus nein, ach nein; — nun hast Du das eine Kleid, das ein bisschen ordentlich ist, und um soll das auch gleich verschlumpft werden, so daß eines wie das andere aussieht. Willst Du nicht auch den Schleppeod? So könnte der Magistrat gleich die Straßen gelehrt kriegen? Um!“

Und als jener ihm daran erinnerte, daß er trotzdem ein „die Gefahr von der Linken“ angezeigt hatte, antwortete Ferry:

„Zweifellos; aber diese Gefahr von links ist stark eingedämmt. Sie geht von einer Handvoll Agitatoren und schlechter Bürger aus. Die ganze Staatsgewalt, alle national Gesinnten werden zu uns stehen, sobald es nöthig ist, ihnen Einhalt zu thun.“

Aber das ist nicht einmal nöthig, denn die Agitatoren können sich bei einer republikanischen Staatsform nur gegen die Republik wenden; und im Namen der Republik halten wir sie nieder.

Die Republik ist im Juni 1848, im März 1871 furchtbaren Aufständen entgegengetreten; sie hat sie siegreich überwunden. Was war das, vergleichsweise, anderes, als die Julitage von 1830 oder die Tage des Februars 1848, welche zwei Monarchien hinweggeräumt haben?

Im Gegentheil, eine Monarchie, selbst eine so parlamentarische, wie Sie sie annehmen, hat sofort sämtliche Republikaner aller Farben gegen sich. Zweifellos werden die Republikaner, welche unter jeder Regierung auf Seite der Ordnung stehen, sich stets weigern, mit den Anführern des Volks gemeinsame Sache zu machen; aber im Parlament werden sie der Monarchie alle möglichen Hindernisse bereiten, gerade so, wie es eben die Republik der Republik gegenüber thun. Das ist die Kampfweise der verfassungsfreundlichen Oppositionen. Und diese parlamentarische Opposition wird von den Neigungen des Volkes unterstützt werden. Und um diese revolutionären Mächte niederzubalten, um diese Aufstände zu unterdrücken, wird die Monarchie keinen Republikaner auf ihrer Seite haben. Sie wird sich nicht erhalten können.“

Ich habe Werth darauf gelegt, dieses Geständniß trotz seiner Länge wiedergegeben, weil es ein der werthvollsten ist, um den geistigen Stand unserer Regierung-Republikaner, wie sie sind und sein werden, festzustellen.

Nicht als Mittel für Reformen, sondern als Werkzeug zur Konservirung und Bedeckung hat unsere fortgeschrittenste Bourgeoisie die Republik angenommen und in Gang gebracht. Was die Ferry und ihre Klasse in der Republik sehen, was sie in ihr vertheidigen, das ist das Mittel, die Arbeiterbewegungen vom Juni 48 und Mai 71 ungestraft zu wiederholen.

Wo in den Strömen von Proletarierblut einem Könige oder Kaiser der Fuß ausgeglitten, die Krone, und vielleicht das Haupt mit ihr gefallen wäre, da blieb die in keinem Namen verlorporete Republik aufrecht, unverfehrt, man muß sagen ungestraft stehen. Die einzige verdrückliche Folge für sie war, daß in der nominellen Präsidentschaft der Welt ein Thiers und Mac-Mahon durch einen Greyn und Carnot ersetzt wurden.

Was die Bemerkung ebendesselben Ferry betrifft, daß im Gegentheil zu dem, was sich stets bei einer monarchischen Regierung ereignet hat, die Lohnarbeiter bei einer republikanischen Regierung auf keine Unterstüßung durch irgend einen Theil der besitzenden Klassen zu rechnen haben, so trifft sie den Nagel auf den Kopf.

Diese Isolirung der arbeitenden Klasse erleichtert allerdings, so lange sie ohne Organisation, ohne Bewußtsein ihrer Lage und ohne Ziel, nur fähig zu Aufständen ist, ihre Ferschnitterung. Aber — und das entgeht dem Scharfblick unseres neuen Senators — sie wird der arbeitenden Klasse zum Heil gereichen, sobald sie fähig zur Revolution sein wird. Denn allein und auf eigene Rechnung kämpfend, wird sie sich selbst triumphieren, anstatt nur die Kastranten aus dem Feuer zu holen, wie es sich dreimal in Frankreich wiederholte, als sie die republikanischen Bourgeoisie zu Verbündeten hatte.

Das bedeutet einen aufgeschobenen Kampf, aber einen sicheren Sieg, um den uns niemand betrügen kann.

Und das ist der Grund, weshalb alle französischen Sozialisten Republikaner sind; weil die Republik die einzige Regierungsform ist, welche die Klassen in der Brutalität ihres wirtschaftlichen Gegenfahes einander gegenüberstellt und zum Kampfe zwingt; hier das Eigenthum ohne Arbeit, dort die Arbeit ohne Eigenthum, mit dem unvermeidlichen Ende, daß diese jenes vernichtet.

Jules Guesde.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 29. Januar.

Auch heute hatte der Herr Reichs-Postmeister im Reichstage die Kosten der Debatte zu tragen. Post-Sparkasse, Post-Porto, verschiedene Postgebäude u. d. h. bieten Stoff zu allerhand mehr oder weniger imbequemen Fragen und Bemerkungen. Den unbequemsten Stoff aber lieferte das gestern „angeschnittene“ Monopol des Wolff'schen Telegraphen-Bureaus. Der Abg. Richter hat über Nacht folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage zur Kenntnisnahme den Vertrag mitzutheilen, durch welchen der Aktiengesellschaft des Wolff'schen Telegraphen-Bureaus ein Vorkauf eingeräumt wird für die Beförderung von Telegrammen.“

Der Antragsteller brachte verschiedene, zum Theil recht pikante Thatfachen vor, welche den offiziellen Charakter des Wolff'schen Bureau's außer Zweifel lassen und sogar zu der Schlussfolgerung zwingen, daß Herr Stephan dieses Bureau als sein persönliches Organ betrachtet. Meldete es doch seinerzeit, daß der Herr Generalpostmeister irgendwo einen Auerhahn geschossen.

Herr Stephan antwortete ziemlich verlegen und so gewunden, daß der Abg. Richter unter zustimmendem Lachen des Hauses antworten konnte, aus den Aufklärungen des Herrn Generalpostmeisters scheine hervorzugehen, daß hinter dem Vertrag mit dem Wolff'schen Bureau noch mehr stecke, als man bisher vermuthet habe. Der sächsische Minister-Reaktionär und Ober-Staatsanwalt G a r t m a n n spielte sich als freiwilliger Regierungskommissar auf und suchte durch den Antrag auf Ueberweisung des Richter'schen Antrags an die Budgetkommission die heisse Materie, wenigstens für einige Zeit, aus dem Wege zu schaffen. Der Reichstag verwarf jedoch mit großer Majorität den Hartmann'schen Antrag und nahm den Antrag Richter an.

Die Debatte über den Postetat, an der sich von sozialdemokratischer Seite zu verschiedenen Punkten die Abgeordneten Singer, Heine und v. Vollmar beteiligten, wurde auf morgen vertagt. —

Der in unserer letzten Nummer bereits mitgetheilte Beschluß der Fraktion, betreffend die Maifeier, wurde mit allen gegen eine Stimme gefaßt. Einmüthigkeit herrschte in Bezug darauf, daß von einem Feiern der Arbeit am 1. Mai unter keinen Umständen die Rede sein kann und daß von jedem Versuch, ein Feiern der Arbeit herbeizuführen im Interesse der Arbeiter und der Partei nachdrücklich abgerathen werden muß. Waren schon im vorigen Jahre die wirtschaftlichen Verhältnisse derart, daß die Arbeiter selbst da, wo sie am besten organisiert waren, ein allgemeines Feiern der Arbeit nicht durchzuführen vermochten, so hat sich seitdem die wirtschaftliche Lage für die Arbeiter noch sehr verschlimmert. Den Arbeitgebern unter solchen Verhältnissen einen Tag der Arbeitsruhe aufzwingen wollen, wäre ein unsichtbares Beginnen, bei dem nur die Feinde der Arbeiter zu gewinnen hätten.

Wie gesagt, in Bezug hierauf herrschte und herrscht in der Fraktion absolute Uebereinstimmung, und wir sind überzeugt, daß in der ganzen Partei keine abweichende Meinung vorhanden sein wird.

Die Gründe, welche die Fraktion dazu bestimmte, von einer Vorfeier am 1. Mai, wie eine solche durch den Halle'schen Beschluß vorgesehen war, abzusehen und die gesammte Feier auf den ersten Sonntag des Mai zu verlegen, waren rein praktischer Natur und werden in dem Aufruf der Fraktion klar entwickelt werden.

Erwähnt sei nur, daß der 1. Mai diesmal auf einen Freitag fällt, und daß Freitag und Sonntag zu nahe zusammenliegen, als daß eine Feier des einen Tages nicht die des anderen beeinträchtigen müßte.

Genug — die deutschen Arbeiter werden das Maifest der Arbeit am ersten Sonntag im Mai feiern und sie werden es in einer Weise feiern, die ihrer und des Tages würdig ist. —

Das Centrum ist unglücklich, daß es den Kulturkampf nicht mehr hat, von dem es 16 Jahre lang lebte, ja dem es thatsächlich sein politisches Leben verdankt. Es zeigt sich jetzt, wie Recht wir hatten, als wir mit Hinblick auf die Sperrgelder-Vorlage bemerkten: „Das Schlimmste, was die Regierung dem Centrum thun kann, ist, ihm in allen Punkten, worin es Recht hat, nachzugeben.“ Das bewahrheitet sich jetzt im vollsten Maße, und der vielgewandte Herr Windthorst richtet in diesem Augenblick seinen ganzen Scharfsinn darauf, einen „zweiten Kulturkampf“ zu inszenieren — und zwar, wie das zu erwarten war, anläßlich des preussischen Volksschulgesetzentwurfes. Ob ihm sein Spiel gelingen wird, das hängt natürlich von der Regierung ab. Kann dieselbe sich und die Schule nicht von der Kirche emancipiren, so wird Herr Windthorst, der ihr auf kirchlichem Gebiet „über“ ist, die Palme des Sieges davon tragen. —

Kaum hat über den Opfern der Katastrophe bei Gelsenkirchen das Grab sich geschlossen, so kommt aus Amerika die Nachricht von einer ähnlichen Katastrophe, der eine noch größere Anzahl von Bergleuten zum Opfer gefallen ist. Je intensiver die Ausbeutung wird, desto mehr

Es entstand eine Szene. Mama war unerträglich, Fanny wurde heftig; Mama schalt, Fanny gab Antworten. Zum Schluß stand sie mitten im Zimmer und heulte wie ein kleines Mädchen. Sie war so jorinig, daß sie ihrer Mutter eins um die Ohren hätte geben können. „Du —! ach, immer muß Du so zuwider sein! Hu, hu, hu — uh!“
Mama wollte von nichts hören. „Das gnädige Fräulein kann natürlich thun, was sie will; das Kleid aber wird nicht ausgezogen, so lang ich etwas zu reden habe! Vergiß nicht, daß es nun eine hübsche Weile dauern mag, ehe Du wieder ein neues erhältst. Du, Du verläßt Dich natürlich auf die Mama: Du bist gewöhnt, daß sie alles her schafft; wenn Du ein Kleid Dir vom Leib fesselst, so brauchst Du nur zu Mama zu gehen und kriegst gleich ein anderes. Daß ich es dem gnädigen Fräulein nur sage: von nun an wird das anders! — Nun bist Du erwachsen, nun mußt Du versuchen, Dir selbst etwas zu verdienen. Dann wirst Du schon merken, was das heißt. Du wirst etwas vorsichtiger, denke ich, wenn Du einmal zu fühlen bekommst, wie es schmeckt, beständig neue Sachen herzu schaffen.“ — Kurz und gut, keine Dummheiten! Wir haben nicht die Mittel, ein Kleid wegzuworfen, ehe es abgenutzt war. Man müßte den Schuh nach dem Fuß zuschneiden und nicht vornehmer thun, als derbeutel reichte. „So! Verstanden?“ —

Fanny schleuderte das Konfirmationskleid Mama vor die Füße. Außerordentlich langsam, mit Ungehorsam in jeder Bewegung, begann sie dann die alten Plüden hervorzuziehen, welche wegwerfen zu können sie vor kurzem noch so glücklich gewesen. So, das nannte man also konfirmirt sein.

War dies die Herrlichkeit, auf welche sie sich ihr Leben lang gefreut hatte? — Psi! — Zähneknirschend saß sie in die widerlichen Lumpen. Das war nicht zum aushalten. Das war eine Herabwürdigung; sie fühlte sich beschämt, verhöhnt, erniedrigt. Ihr Gesicht verzerrte sich in Verzweiflungsthränen; sie pfauchte wie eine Rabe vor Wuth.

(Fortsetzung folgt.)

häufen sich diese Katastrophen, und obgleich es über jeglichen Zweifel hinaus festgestellt ist, daß sie — von verschwindend wenigen Fällen abgesehen — sämtlich sich hätten vermeiden lassen, so ist die Profitgier doch mächtiger als die Rücksicht auf das Leben und die Gesundheit der Arbeiter.

Mit dem Bergbau ist es in dieser Beziehung — wenn man genauer zuseht — um kein Haar breit anders, als in anderen Industriezweigen. Der einzige Unterschied ist, daß die Menschenopfer zeitweilig massenhafter und geschreioller erfolgen. Es giebt viele Berufe, die noch mörderischer sind — nur werden die Arbeiter durch schlechtere Krankheiten in aller Stille hingerafft. Und doch wissen wir, daß all diese sogenannten Berufskrankheiten durch geeignete Vorrichtungen vorgebeugt werden könnten. Es geschieht aber nicht, weil in der kapitalistischen Gesellschaft die Bereicherung der herrschenden Klassen das oberste Ziel ist, neben dem alles Andere nur untergeordnete Bedeutung hat.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ theilt mit, daß sie auch nach dem 1. April weitererscheinen wird. Wie lange aber, verräth sie nicht.

Ueber Herrn Marr, des würdigen Antisemitenführers, „sozialistisches“ Vorleben schreibt man uns aus der Schweiz: Als Marr 1843 mit Standau, Dölele und Hofmann in Neuquätel an der Spitze des jungdeutschen (d. h. sozialistischen) Bundes stand, wurde deren Korrespondenz theilweise beschlagnahmt und vom Maire Dr. Dardy in der Gerichts- sache verlesen. Dabei kamen folgende erbauliche Stellen in den Briefen des „waderen Kämpen“ Marr an Dölele zur Verlesung: „In Zeit von einem Jahre habe ich eine Frau) die was hat... Ich habe es nun einmal nicht gelernt, so um Nichts und wieder Nichts Märtyrer zu spielen.“ (5. November 1843.) „Gelingt es diesen Sommer nicht, alles in die Luft zu sprengen, dann heirathe ich und schick' mein Mädchen bekommen, schlage der Teufel drein!“ (27. Dezember 1843.) Und so ein verhärteter Mensch mag noch zu schreiben!

Wir begreifen den Schlußsatz unseres Schweizer Freundes nicht. Wer unsere Antisemiten kennt, weiß, daß Herr Marr trotz alledem und alledem noch nicht der Schlechteste ist. Welche Partei hat nicht die Führer die sie verdient? —

Der italienische Finanzminister hat der Kammer ein Budget ohne Defizit versprochen — ein Budget, in welchem Ausgaben und Einnahmen „im Gleichgewicht“ sein sollen. Nun — das ist recht hübsch. Und wir zweifeln auch nicht, daß das Versprechen gehalten werden wird — auf dem Papier. Die „budgets en equilibrium“ — Budgets im Gleichgewicht — waren schon unter dem „Bürgerkönig“ Louis Philippe sprichwörtlich. Wir zweifeln nicht, daß es dem neuen italienischen Finanzminister gelingen wird, den Weg zum Bankrott mit tadellosen „Budgets im Gleichgewicht“ zu pflastern.

Den österreichischen Reichstagswahlen werden die spanischen Cortes-Wahlen vorgehen. In einigen Punkten gleichen sich die beiden großen Wahlgänge. In Oesterreich wie in Spanien herrscht kolossale Verwirrung in den bürgerlichen Parteien und ungeheure offizielle Wahlbeeinflussung. So wie in Oesterreich werden sich auch in Spanien unsere Genossen diesmal an der Wahl betheiligen. In Madrid, Barcelona, Valencia, Carthagena, Cadix und Santander wurden sozialistische Kandidaturen aufgestellt. Es ist zu hoffen, daß trotz der außerordentlichen Schwierigkeiten einige unserer Genossen durchdringen werden.

Warnung vor Seelenverkäufern! Die brasilianischen Menschenjäger sind wieder an der Arbeit. Folgendes „Zirkular“ ist uns zugegangen:

Die Zigarrenfabrik von Schneider u. Comp. in Joinville im Staate Santa Catharina, am Hafen Sao Francisco do Sul, Vereinigte Staaten von Brasilien, nimmt jederzeit tüchtige und gut geküllte Zigarrenarbeiter und Arbeiterinnen, Koller und Winkler auf bessere Formen oder Handarbeit.

Der Akkordlohn ist 10 bis 20 Mark pro Tausend und ein noch höherer nicht ausgeschlossen. Arbeitszeit 8 Stunden oder, nach Belieben, auch länger.

Die Bevölkerung von Joinville, auch sämtliche hiesige Zigarrenmacher sind Deutsche; das Klima nahe an der See ist gesund und vor allem ohne Winter.

Der Lebensunterhalt ist wohlfeil, Rindfleisch kostet das Kilo 50 Pf., eine Familienwohnung ist schon für 10—12 M. pro Monat erhältlich.

Wer in dieser Fabrik Arbeit zu nehmen beabsichtigt, wende sich an Herrn Jose dos Santos in Lissabon, Praça dos Romulanos Nr. 4, welcher Freitickets an Einzelne oder Familien von Bremen oder Antwerpen bis nach unserem Hafen Sao Francisco do Sul im Staate Santa Catharina verabsolgt.

Die freie Ueberfahrt ist lediglich als Geschenk der brasilianischen Regierung anzusehen und verpflichtet den Einwanderer zu keinerlei Gegenleistung.

Die in deutschen Zeitungen erscheinenden mißgünstigen Nachrichten über Brasilien beruhen entweder auf Erfindung oder lächerlicher Unkenntnis, und ist auch trotz jener die deutsche Einwanderung stetig im Zunehmen begriffen.

Da wir nicht wissen, ob Bevorzugungen bei Theilung der Freitickets stattfinden, so empfiehlt sich die Anmeldung in Lissabon als Vordarbeiter.

Reflektierende sind jetzt und später willkommen, nur ist es nöthig, uns von dem gefassten Entschluß, Arbeit zu nehmen, alsbald in Kenntniß zu setzen.

Adresse: Herren Schneider u. Co. Joinville, Brazil.

Vor Eintritt der Reise empfiehlt es sich, sich geringwerthiger und sperriger Gegenstände zu entäußern, dagegen Küchengeräth und leichte Sommerkleidung mitzunehmen, wohl auch anstatt Schrank und Kommode zu verkaufen, solche zum Verpacken zu benutzen und durch ungenagelte Kisten vor Beschädigung zu schützen.

Bei den oben angegebenen Löhnen ist es geschickten Arbeitern in Anbetracht des billigen Lebensunterhaltes leicht, Ersparnisse zu machen, was in Deutschland fast ausgeschlossen erscheint.

Achtungsvoll Schneider u. Comp.

Zu diesem Schwindelzirkular ist zu bemerken, daß in Brasilien zwar die hohen Lebensmittel sehr billig, alle anderen Waaren, Kleidungsstücke, Schuhe u. d. r. dreimal so theuer sind als bei uns. Der versprochene Akkordlohn ist also vollständig unzureichend. Der Arbeiter, welcher sich fangen läßt, und die „Freiticket“ annimmt, hat sich den Herren Schneider u. Co. mit Leib und Seele verkauft. Zurück kann er nicht mehr — er muß, wenn er einmal drüber ist, jede Bedingung annehmen, und ist, da er nicht fort kann und keine andere Arbeitsgelegenheit findet, hilfloses Ausbeutungsobjekt der Vampire, die jetzt, die

schlechte Geschäftszeit“ benutzend, auf der Jagd nach deutschen Arbeitern sind! —

Unter der Ueberschrift „Die Internationale ist nicht tot!“ wird jetzt von verschiedenen deutschen Blättern ein Artikel des französischen „Socialiste“ in Uebersetzung wiedergegeben. Der Artikel des „Socialiste“ ist aber selbst eine Uebersetzung aus dem „Vorwärts“. Die deutschen Blätter, die ihn jetzt aus dem Französischen zurückübersetzt bringen, hätten sich etliche Mühe ersparen können.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Gelsenkirchen. Das Grubenunglück der Zeche „Sibernia“ scheint bei Vielen schon vergessen zu sein. Am Tage der Beerdigung prangte die ganze Stadt mit Trauerfahnen! Tags nachher aber wurde Kaisers Geburtstag gefeiert und die Fahnen wehten wiederum, aber keine Trauerfahnen, sondern bunte aller Art.

Haarsträubend ist die Geschichte am Tage des Unglücks abgelaufen; unter den Rettungsmannschaften befanden sich viele brave Genossen, welche keine Mühe scheuten, unter Lebensgefahr wurden die verunglückten Kameraden herausgeholt, u. A. war auch ein Genosse am Tage damit beschäftigt, daß er die Verunglückten suchte, er hatte ungefähr 20 Tode gewaschen, da kam ein Gendarm und befahl dem Genossen Kampmann, sofort den Zechenplatz zu verlassen, worauf letzterer einen Zechenbeamten fragte, ob der Gendarm das Recht hierzu hätte? Der Beamte antwortete, wenn der Gendarm solches befehlt, freilich. Genosse Kampmann verließ somit den Zechenplatz, aber Ersatz konnte nicht gestellt werden und unsere verunglückten Kameraden kamen schwarz in den Sarg. Wie immer bei den Massenbeerdigungen fragten alle Vereine an, wann die Beerdigung stattfinden werde, so fragte auch der Schriftführer des Bergarbeiter-Verbandes an, wann die Beerdigung stattfinden werde, und es wurde demselben auch seitens des Zechendirectors Waderhoff brieflich der Bescheid zu Theil, daß die Beerdigung Montags 2 1/2 Uhr stattfinden und die Teilnehmer möchten sich um 2 Uhr auf dem Zechenplatz einfinden.

Jetzt traf der Vorstand des Verbandes alle Vorkehrungen; es wurden zwei große Vorderkränze mit weißen Schleifen angefertigt, welche von zwei Vorstandsmitgliedern getragen wurden und ein weißes Schild mit schwarzer Inschrift: „Verband der Bergleute“, wurde ebenfalls von einem Vorstandsmitglied getragen. Raum war der Vorstand auf dem Weg zum Zechenplatz angekommen, so wurde derselbe von dem Betriebsführer Holte angehalten mit der Frage, „wo sie denn hinwollten“; hierauf zog der Schriftführer des Verbandes sein Schreiben hervor mit dem Bemerken, der Director hätte sie zum Zechenplatz beschieden. „Das geht mich nichts an“, sagte er, „ich kenne Euch nicht“, und somit wurde uns das Weitergehen verboten und wir blieben somit ruhig an der Seite stehen. Raum standen wir da, da kam ein Gendarm-Nachtwächter herangesprengt und forderte uns zum ersten, zweiten und dritten Mal auf, sofort den Platz zu verlassen; Tausende von Menschen waren über dieses Vorgehen sehr empört und trauten nicht ihre Meinung öffentlich geltend zu machen. Um aber nichts schlimmes zu verursachen, gingen wir fort und stellten uns auf der Bahnhofstraße auf, um uns dann dem Zuge anzuschließen, kaum standen wir da, da kam ein anderer Gendarm herangesprengt und forderte uns auf, sofort das Schild zu entfernen, hierauf antworteten wir, es werden doch noch andere Schilder getragen, warum denn gerade unser Schild entfernt werden sollte, er antwortete: das geht mich nichts an, ich habe den Befehl erhalten, Euer Schild zu entfernen. Tausende von Vorstandsmitgliedern hatten sich dem Vorstand angeschlossen, dieselben wurden durch dieses Vorgehen sehr empört, trotzdem wurde auf Anrathen des Schriftführers das Schild entfernt und die Mühe aufrecht erhalten. Die Polizei und Gendarmen waren aus allen Gegenden mit Gewehr und Revolver bewaffnet erschienen. Diese Beamten gingen wahrlich nicht human mit den Leuten um, Pässe mit den Gewehrholben waren nicht selten, die Leute wurden sogar gepackt und in den Schmutz geworfen. Darüber schweigen natürlich die hiesigen Blätter. Endlich setzte sich der Zug in Bewegung und den Mitgliedern des Bergarbeiter-Verbandes wurde der Platz hinten am Ende noch erlaubt. Als wir nun den halben Weg bis zum Friedhof zurückgelegt hatten, kam plötzlich die Musik-lapelle, neun Mann stark, an, welche heimlich von uns engagiert war, und marschirte vor dem Vorstand; sie sang gleich an zu spielen, da aber ging das Erkennen erst recht los. Die Gendarmen und Polizei, welche neben dem Zuge hermarschirten, steckten die Köpfe zusammen, trauten sich aber nicht, die Musik zu entfernen, und so marschirten wir zuerst zum katholischen Friedhof, wo 22 Mann beerdigt wurden, legten dort, nachdem zwei Choräle gespielt worden, einen Kranz nieder; dann gingen wir zum evangelischen Friedhof, legten dort ebenfalls einen Kranz nieder und wieder wurden zwei Choräle gespielt, dann wurde abmarschirt und die Menschenmasse wurde von der ganzen Polizeimacht in die Stadt zurückbelehrt.

Das Schönste bei der ganzen Geschichte ist noch zu melden. Es wurde auch ein braver Genosse, Namens Theod. Kleine, an demselben Tage beerdigt. Am Tage nach der Katastrophe wurde der betreffende Kleine erst aus der Grube gefördert und auf Veranlassung seiner Frau ebenfalls am Donnerstag Nachmittag beerdigt. Jetzt wurden noch zwei Mann vermisst, wie es heißt, sollen dieselben schwer herauszufördern sein; da wird man wohl nicht viel Federlesen mehr machen und dieselben einfach in der Grube beerdigen.

Das ist jetzt schon das vierte Mal, daß in diesem März 13 so eine Massenverbrennung vorkommt. Vor 3 Jahren waren es 52 Mann, vorher 7 und 5 Mann. Sollte es da nicht am Platze sein, daß der Staat eingreife, aber nein, es müssen noch mehr Arbeiter verbrennen!

Aus Sachsen, dem „intelligentesten“ und zugleich „gemüthlichsten“ der deutschen Polizeistaaten, wird uns geschrieben: In Leipzig wurden kürzlich zwei Prozesse gegen den Rechtsanwalt Hoffmann geführt, weil derselbe durch verschiedene schriftliche Eingaben die Leipziger Polizeibehörde und im Besonderen den Kriminalkommissar Dr. Müller beleidigt haben sollte und außerdem öffentlich gegen die Polizeibehörde den Vorwurf der Parteilichkeit erhoben hatte. Daß diese letzte Anschuldigung berechtigt war, weiß hier Jedermann und speziell die Arbeiter-Fachorganisationen wissen davon ein Vieches zu sagen. Es ist notorisch, daß die Fachvereine der Arbeiter bei dem geringsten Anlaß aufgelöst und die Vorstände bestraft wurden, wenn sie sich einen scheinbaren Verstoß gegen das Vereinsgesetz hatten zu Schulden kommen lassen. Ebenso notorisch ist, daß bei der letzten Stadtverordnetenwahl gegen 30 konservative und nationalliberale Vereine gemeinsam zusammen tagten und über die Wahllegitation Beratungen pflogen, was doch im eminentesten Sinne eine politische Thätigkeit ist.

Ähnliches geschah bei der letzten Landtagswahl auch in Raddorf bei Mohlitz. Dort traten die Innungen unter Vorsteh eines Staatsanwaltes zusammen, um über die Landtagswahlen zu beraten. Die Innungen von Raddorf wurden ebensowenig wie die 30 Vereine von Leipzig aufgelöst. Daß man unter solchen Umständen von Parteilichkeit der Polizei reden kann, das sieht wohl jedes neugeborene Kind ein.

Herr Rechtsanwalt Hoffmann hatte nun diese konkreten Thatsachen benutzt und gesagt, wenn die Polizei jene 20 Leipziger Vereine nicht auflöse, so erbehe er den Vorwurf der Parteilichkeit gegen die Polizeibehörde.

Das mußte gerochen werden. Er wurde angeklagt und bei dieser Verhandlung wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, und zwar aus folgenden „Gründen“: Weil der Gerichtshof der Meinung war, daß während des Prozesses interne Angelegenheiten der Polizeibehörde zur Sprache kommen könnten, die geeignet seien, bei „falscher Auffassung“ des Thatbestandes Mißdeutungen über die Thätigkeit der Polizei hervorzurufen. Wie wir von verschiedenen Seiten hörten, sollte ein halbes Duzend Vorstände von Fachvereinen, welche von der Polizei aufgelöst waren, bezeugen und beschwören, daß sie ganz genau dasselbe gethan hätten, was die zwanzig konservative und nationalliberale Vereine gethan hatten; und andererseits hätten die Vorstände jener zwanzig Vereine bezeugen und beschwören müssen, daß sie ganz genau dasselbe wie die aufgelösten Fachvereine gethan hätten. Dann hätte der Angeklagte begründet, daß sein Vorwurf berechtigt war und daß er im öffentlichen Interesse sich veranlaßt sah, so zu handeln.

Ein Schuldig konnte in diesem Falle nicht ausgesprochen werden. Um dann die notorischen Thatsachen, welche durch obige Bezeugen und beschwören werden sollten, vor der Kenntnis des Publikums zu bewahren, wurde die Oeffentlichkeit der Verhandlung ausgeschlossen. Die Sache wird noch weitere Instanzen und schließlich auch den Landtag beschäftigen. Dieser Prozeß hat in Arbeiter- und Bürgerkreisen riesig viel Staub aufgewirbelt. Alle sprachen: Hoffmann hat Recht gehabt.

Kürzlich sind hier in einer Fabrik einige Arbeiter entlassen worden, weil sie Zigarren bei der Arbeit geraucht haben. Als sie bei anderen Meistern Arbeit gefunden hatten, wurde ihnen nach 2 Tagen mitgetheilt, daß man sie wieder entlassen müßte, weil die Firma sonst 1000 M. Konventionalstrafe zahlen müßte. Dies geschah in verschiedenen Fällen. Ebenso wurden die genannten Arbeiter in anderen Städten nach kurzer Zeit mit derselben Motivierung entlassen. Also die schwarzen Listen sind über ganz Deutschland organisiert. Die Sache dürfte aber nicht so glatt ablaufen. Die Arbeiter strengen einen Prozeß an.

Nun, diese Thatsachen arbeiten riesig für uns und sonst ganz gleichgültige Arbeiter werden durch solche Machinationen in unsere Arme getrieben.

Doch auch die „Gemüthlichkeit“ wird bei uns in Sachen gepflegt. Davon ein Beispiel: Kürzlich fand bei Oschah eine Versammlung auf dem Lande statt. Die Ueberwachung der Versammlung lag in Händen des Obergendarm Gädler. Herr Pinkau hielt einen Vortrag, bei welchem er auch auf die mangelhaften Bestimmungen und Vorschriften zur Verhütung von Unfällen in Fabriken zu sprechen kam. Da, mitten im Vortrag, erhob sich der Obergendarm, und da die Sozialdemokraten ebenfalls die Gemüthlichkeit pflegten, ließ man ihn auch sprechen. Er sagte, Fabriksinspektoren und Schuvorrichtungen zc. zc. wären genügend vorhanden. Die Regierung hätte genügend gefordert. Der Referent widerlegte dieses und beendete seinen Vortrag. In der Diskussion wurde ein Fall erwähnt, wo ein Arbeiter, weil keine Schuvorrichtung dagewesen, bei der Arbeit getödtet worden sei, und der Sprecher schloß mit den Worten: „Es war in diesem Falle wie stets, man deckt den Brunnen erst dann zu, wenn das Kind hineingefallen ist.“

Da meldete sich der Herr Obergendarm nochmals zum Wort und bemerkte, er müsse dem widersprechen. Die Gendarmen seien angewiesen und er selbst fähe immer danach, daß die Brunnen auf dem Lande überall richtig zugedeckt seien und wo dies nicht der Fall, da würde der Eigentümer darauf aufmerksam gemacht, bedete er ihn dann nicht zu, so würde er bestraft. Tableau! Der Gendarm hatte das Sprichwort, welches der Arbeiter als Beispiel angewendete, wörtlich genommen.

Und solche überwachende Beamte sollen nun einen getreuen Bericht über Versammlungen geben!

Es geht nicht über die sächsische Gemüthlichkeit. Apropos: In der Debatte über Aufhebung des Einschreibverbots von amerikanischen Schweinefleisch gaben alle Gegner der Verbotsaufhebung das leibliche Wohl und die Gesundheit des Volkes als Grund an. Sie alle wollten das Volk schützen und deshalb seien sie gegen die Aufhebung des Verbots. Bei der demnächst kommenden Debatte über Arbeiterschutz soll man die Herren an diese Reden erinnern, da ihnen die Gesundheit und das leibliche Wohl des Volkes so sehr am Herzen liegt, so müssen sie doch auch einstimmig für den weitestgehenden Arbeiterschutz eintreten. Sie können sich doch nicht selbst Lügen strafen.

Dresden. Unser Genosse Mohr, der wegen Gotteslästerung vor vier Monaten Gefängniß verurtheilt wurde, war zwei Tage über diese Frist gefangen gehalten worden. Auf eine beim sächsischen Justizministerium eingelegte Beschwerde erhielt Mohr folgende sächsische Entscheidung:

Ihre unter dem 5. d. dieses Monats Anher eingereichte Beschwerde wegen angeblich verspäteter Entlassung aus der Strafanstalt Hoheneck ist, wie Man aus den herbeigezogenen Strafvollstreckungs-Akten ersehen hat, unbegründet.

Die Haft, in welcher Sie sich am 4. und 5. August 1890 in dem Gerichtsgefängniß zu Freiberg befunden haben, war eine zur Vorbereitung der Einlieferung in die Strafanstalt notwendige Verwahrungshaft und konnte den bestehenden gesetzlichen Vorschriften zu Folge nicht, wie Sie meinen, auf die Strafrecht angerechnet werden; es ist daher Seiten der an der Strafvollstreckung betheiligt gewesenen Behörden mit Recht angenommen worden, daß Ihre Strafvollstreckung am 6. August 1890 begonnen und am 28. Dechr. 1890 geendet hat.

Dresden, den 22. Januar 1891.
Ministerium der Justiz.
Für den Minister:
Senzel

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Cartung beizuliegen. Brieflich Antwort wird nicht ertheilt.

N. 1. 1. Für die Kosten solcher Prozesse Ihrer Ehefrau, welche sich auf die Zeit vor bestandener Ehe beziehen, brauchen Sie nicht aufzukommen. 2. Ob die Kostenforderung des Anwalts überhaupt berechtigt ist, können wir nicht recht beurtheilen, da Ihre Angaben zu unvollständig sind. 3. mündlicher Auskunft sind wir bereit.

N. 2. Ob der Wirth zur Kündigung berechtigt war, können wir nur bei Einsendung Ihres Miethsvertrages beurtheilen.

N. 3. **Charlottenburg.** 1. Wie können Ihnen keinen Rath geben, wie Sie es zu machen haben, um Schauspieler zu werden. 2. Handlungsgehilfen unterliegen einer sechswochenlichen Kündigung zum Quartalschlusse, wenn nicht mündlich oder schriftlich etwas Anderes vereinbart ist.

N. 4. **Tempelhof.** Wenn Sie erst auf 8 Monate verabschiedet hatten, so können Sie Schadensersatz verlangen, besonders auch das monatliche Gehalt von 10 M.

N. 5. **100.** Es könnte sich nur darum handeln, ob eine strafbare Beleidigung oder Verleumdung vorliegt. Um dies beurtheilen zu können, müßten wir aber wissen, was denn der Hausverwalter in Bezug auf Sie geküßt hat.

Robert. Sie würden am besten thun, wenn Sie sich an den deutschen Generalkonsul in London, dessen Namen Sie aus dem Adresskalender ersehen können, mit dem Ersuchen wenden, Ihre Zeichnung der Englischen Regierung vorzulegen. Da Sie aber für Ihre Erfindung kein Patent haben, so laufen Sie Gefahr, daß Sie völlig leer ausgehen.

N. 1000. Beantragen Sie unter Beifügung einer Heirathsurkunde beim Amtsgericht I den Erlaß eines Rückkehrbescheides an Ihre Frau.

1891. Das Gesuch ist an die hiesige Königl. Kreis-Gesuchkommission zu richten.

Theater.

Freitag, den 30. Januar.
Opernhaus. Lannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg.
Schauspielhaus. Was ihr wollt.
Lesing-Theater. Der Traum ein Leben.
Berliner Theater. Minna von Barnhelm.
Deutsches Theater. Die Kinder der Erzellen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Meißner Porzellan. Hierauf: Pariser Leben.
Wallner-Theater. Monis.
Residenz-Theater. Der selige Loup.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Pelleasance-Theater. Die Nachbarrinnen.
Offend-Theater. Maria Stuart.
Adolph Ernst-Theater. Unsere Don Juans.
Thomas-Theater. Drei Paar Schuhe.
Pausmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintersgarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.

Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.
Clara Conrad, Sieder- und Walzer-Sängerin.
Jenny Reimann, Kostüm-Soubrette.
Max Menzel, Gesangs-Komiker.
Mr. Koberstein, Malabarist.
Mc. Lean Brothers, Amerikan. Neger-Centrie.
Gebr. Willmo, musikalische Clowns.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 5 1/2 Uhr.
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf., 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stabliement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:
Grosses Concert.
 Direktion A. Hödmann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Wochentags 10 Pf., Sonn- und Festtags 25 Pf.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Anschauung von Bahnhöfen
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Gratweil'ige Bierhallen Kommandantenstr. 77-79.

Täglich:
Grosses Concert
 mit Quartett-Sängern,
 ausgeführt von dem Musik-Direktor H. Sanftleben.
 Wochentags: Frei-Concert.
 Sonntags Entree 20 Pf.
 Empfehlung auch zugleich 8 Billards, 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
 708 F. Sadtke.

Passage-Panopticum. 100 neue Gruppen und Figuren. Spezialitäten-Vorstellung.

Entree 50 Pfennig
 Geöffnet v. 10 Uhr
 Vorm. v. 11 Uhr Ab.

Kaiser-Panorama. Passage 1 Er., v. 9 M. bis 10 Ab.

Diese Woche: 1. Reise auf der Insel Rügen. 1. Reise durch Oesterreich, Prag, Salzburg u. 1. Cycl. Baden, Heidelberg, Konstanz u. Reise um die Erde. 1. Cycl. Pariser Weltausstellung. Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf., Abom. 1 M.

Castan's Panopticum.

Prof. Dr. R. Koch im Laboratorium.
Amazonen-Truppe
 Weihnachts-Anstaltung.
 Damen-Popelle.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
 v. 9 Uhr Morg. bis 10 Uhr Ab.

Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Rath in Prozessen, Eingebung von Forderungen. 171
Pollak, jetzt Georgenkirchstr. 24, II.
 Auch Sonn- u. Feiertags geöffnet.

Mittwoch, den 4. Februar:
 Letzte Vorstellung in dieser Saison.

Circus Renz.

Karlstraße.
 Heute, Freitag, den 30. Januar, Abends 7 Uhr:

Komiker-Vorstellung.

Auftreten der Clowns G. Godlewski, Francois, 3 Gebr. Briatore, Paul und William, Gebr. Diana, Barne, Gebr. Walton, Herrmann und Misco u. in ihren höchst komischen Entrees und Intermezzen. Außerdem: Die großartigen Drempfinsprüche über 4, 6, 8 u. 10 Pferde mit Doppelsaltomortales. Auftreten einer Wiener Damenkapelle. Prinz Carneval mit 12 Freiheitspferden, dressirt und vorgeführt von Herrn Franz Renz Schulpferd Negro, geritten von Fel. Vidal. Johanniter, geritten von Herrn Gabarel. Auftreten der Mitglieder Miß Jesta Zampa, Miß Willie Weers und Fel. Katalie und des phänomenalen Reckfünftlers Mr. J. F. Clarke. Ferner:
Die lustigen Heidelberger
 oder: Ein Studenten-Ausflug mit Hindernissen.
 Große Original-Pantomime, neu arrangirt und in Szene gesetzt vom Direktor E. Renz.
 Morgen: Grand soirée equestre zum Benefiz für Herrn Franz Renz.
 Sonntag 2 Vorstellungen.
 E. Renz, Direktor.

Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Str.
 Heute Abend 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
 Besonders hervorzuheben: Landem mit 4 Schulpferden, geritten von Herrn Ernst Schumann. Mr. Adilles als Saltomortal u. Reiter. Miß Edith Adams, Barforce-Reiterin. 4 Rapphengste, in Freiheit vorgeführt von Herrn Max Schumann. Grand Batonde americana, Saltomortales über eine Anzahl Pferde. Ringl, engl. Vollblut-Springpferd, geritten von Fräulein Adele Schumann. Auftreten sämtlicher Clowns.
 Zum Schluss der Vorstellung:
Circus unter Wasser.
Eine ländl. Hochzeit.
Sensationelle Wasserpantomime.
 Spezialität: 4 Wassergruppen.
 Morgen große Vorstellung.
Eine ländliche Hochzeit.
 Sonntag, den 1. Februar: 2 Vorstellungen, 3 1/2 und 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen
Circus unter Wasser.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
 Brunnensstraße 23, Hof parterre.
 Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Berliner Parteigenossen!

Gutes Landbrot liefert täglich frisch
Joh. Haussmann, Mariendorfer.
 Für Rixdorf nimmt Genosse Böhm,
 Herrmannstr. 170, Bestellung entgegen.

Nothab A. Goldschmidt,

Spanbauerstraße 6,
 am hiesigen Plage bekanntlich
Größte Auswahl. Garantiert
 sicher brennende Cigake.
 Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Nothabale sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spanbauerstr. 6,
 am Sade'schen Markt. 1746

General-Versammlung des Verbandes d. Zimmerleute

am Montag, den 2. Februar, Abends 8 Uhr, bei Pauerstein, Alte Jakobstr. 70.
 Tagesordnung:
 1. Wahl der Delegirten und Anträge zur Generalversammlung d. V. am 23. bis 26. März zu Halle a. d. S.
 2. Verschiedenes und Fragekasten.
 NB.: Wegen der wichtigen Tagesordnung ersuchen wir alle Mitglieder, zu erscheinen. Ferner ersuchen wir diejenigen, die ihre Statistischer noch nicht abgeliefert haben, dies doch in kürzester Zeit zu thun.
 351 Der Vorstand.

Zimmerleute! Versammlung der Freien Vereinigung

Montag, den 2. Februar, Abends pünktlich 8 Uhr, in Rehlitz' Salon, Bergstraße 12.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten.
 Jeder Zimmerer ist willkommen.
 Der Vorstand.

Dem Genossen (M.) Schmat v. d. Tautol ein kräftiges Hoch! F. R.

Achtung!

Klavierarbeiter und verwandter Berufsgeossen!
 In der Pianoforte-Fabrik von **Matz & Co.** haben die Arbeiter wegen Lohnreduzierung die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fern zu halten.
Die Kommission.
 NB.: Sammelstellen können jeden Abend bei Winger, Raunungsstraße 78, und bei J. Meyer, Adressstraße 12, vor 3 Tr. in Empfang und abgegeben werden.

Soeben erschien in dem Verlage von J. D. W. Dieck in Stuttgart und ist durch uns zu beziehen:
 273 J

Die Frau und der Sozialismus.
 Von **August Bebel.**
 Preis brosch. 2 M., geb. 2,50 M.
 Freier Postverkauf ohne jeden Aufschlag gegen vorherige Einzahlung des Betrages in Briefmarken.
 Wiederverkäufer erhält Rabatt.
Th. Mayhofer Nachfig.,
 Sozialdemokrat. Buchhdlg.,
 Berlin N., Weinbergsweg 15 b.

M. W. Walter.
 Begründet 1818.
 Fernsprech-Amt 9. 9386.
 Zeughofstraße 3.
 Versandgeschäft für Mehl u. Hülsenfrüchte. Aufträge von 3 M. an frei Haus oder Bahnhof.
 884

Sophabezüge!
 Reste in Nips, Damast, Granit, Plüsch und bunten Stoffen spottbillig.
Emil Lefevre, Oranienstr. 158.
 Proben franko!
 [84 J

Kautsch.-Stempel, Monogr. u. Sign.-Schablonen, Inschriften.
H. Gutmann, Brunnensstr. 9.
Dr. Hoesch, hombowath. West. Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

F. Pietsch, Tanz-Institut, Dresdenstr. 10.
 Ein neuer Lehrkurs f. Damen u. Herren beg. Sonntag, 1. u. 8. Febr., Nachmitt. 4 Uhr. Meld. Adalbertstr. 93 und bei Beginn des Unterrichts.
 246 J

Töpfer-Werkzeuge, Dresdener, empfiehlt
E. Vogtherr,
 Berlin, [89 L
 1. Landsbergerstr. 64 (a. Alexander-Pl.)
 2. Stephanstr. 16 (Roabit).

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir zu repariren (außer Bruch) 1,50 Mk.
 Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, n. d. Oranienplatz.

Empfehle meinen Kollegen, allen Freunden und Parteigenossen mein
Beiß- u. Bairisch-Bier-Lokal.
Wilh. Wolff, Engel-Ufer Nr. 14.

Arbeitsmarkt.

Plätterinnen auf Steh- und Umlegekragen und Manschetten in und außer dem Hause gesucht.
Max Troppe,
 Lothringersstraße 10, 2. Hof 2 Tr.
 Mädchen, geübt auf Nähmaschinen, werden verlangt b. **Gutmann & Meyer,** Kartonnfabrik, Mendelssohnstraße 2.

Lüchtige Damenschneider, die auf **wollene Talmas** eingearbeitet sind, finden gegen Vorzeigung von Probearbeit
 27 M
dauernde Beschäftigung.
Kraft & Lewin,
 Französischer Straße 33 d.

Arbeiter-Bildungsschule.

Herren, welche befähigt und Willens sind, in Elementarfächern, Deutsch, Zeichnen, Naturkunde und Mater. Geschichte gegen Vergütung zu unterrichten, wollen sich mit näheren Angaben schriftlich melden bei
E. Vogtherr, Landsbergerstr. 64.
 103

Große öffentliche Volksversammlung

für Groß-Lichterfelde-Pantwitz und Umgegend
 am Dienstag, den 3. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn **Weichert in Giesendorf.**
 Tagesordnung: 1. Der Werth der Bildungsvereine für die Arbeiter. Referent: **Wilh. Berner** - Berlin. 2. Eventuelle Wahl einer Statuten-Berathungs-Kommission. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellerksamlung statt.
 Der Einberufer. 209

Oeffentliche Versammlung für Frauen u. Männer des Leseklubs „Carl Marx“

am Sonntag, den 1. Februar 1891, Abends 5 1/2 Uhr, im Saale der **Berliner Gosh-Bräuerei, am Tempelhofer Berg.**
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Reherau:** „Die Barbare und der souveräne Geist.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Nachher geselliges Beisammensein mit Tanz.
 Der Vorstand.

Achtung, Stellmacher! Große Versammlung

des Fachvereins der Stellmacher Berlins und Umgegend
 am Sonntag, den 1. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, bei **Zemtor, Münzstraße Nr. 11.**
 Tagesordnung:
 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes.
 285

Den Freunden und Kollegen zur Nachricht, daß am **28. Februar, Abends 8 Uhr, in der Brauerei Söhne, am Prenzlauer Thor,** eine **Musikalisch-deklamatorische Abendunterhaltung,** verbunden mit **Tanzkränzchen,** stattfindet. Der Ueberseuß ist zur Unterstützung der arbeitslosen Kollegen bestimmt.
 Billets, für Herren 50 Pf. (inkl. Tanz), für Damen 30 Pf., sind zu haben bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern und beim Vergnügungskomitee.
 Um zahlreichen Besuch ersucht
 Der Vorstand.

Allgemeiner deutscher Sattlerverein (Mitgliedschaft Berlin).

Sonnabend, den 31. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei **Royer, Alte Jakobstraße Nr. 83.**
Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Dr. Lütgenau** über: Zur Geschichte der nationalökonomischen Lehre der Sozialdemokratie. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Der Vorstand. 294

Große öffentliche Versammlung sämmtl. an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter

am Sonntag, den 1. Februar 1891, Vormittags 10 Uhr, in **Säger's Lokal, Grüner Weg 20.**
 Tagesordnung:
 1. Vortrag über: „Die Nothwendigkeit und den Werth der Organisation und wie gestalten wir diese?“ (Referent: Herr **Th. Meyer**.)
 2. Diskussion. 3. Bericht der Delegirten der Berliner Streik-Kontrollkommission. 4. Verschiedenes. 5. Fragekasten. — Zur Deckung der Unkosten findet eine Zellerksamlung statt.
 Die Agitations-Kommission.

Achtung! Arbeitslose von Rixdorf. Große öffentliche Versammlung für arbeitslose Männer und Frauen

am Sonnabend, den 31. Januar, Nachmittags 2 Uhr, im **Variété-Theater, Herrmann-Strasse No. 18.**
 Tages-Ordnung:
 Die heilige Arbeitslosigkeit und wodurch kann dieselbe abgeholfen werden? Referent Herr **Pöus.** — Ortsvorsteher und Gemeindevorsteher sind eingeladen. Zellerksamlung und Bierzwang ist nicht.
 Der Einberufer. 124

Achtung! Verein zur Wahrung der Interessen d. Klavierarbeiter und verwandter Berufsgeossen.

Grosser Wiener Maskenball
 am Sonnabend, den 31. Januar 1891, bei **Buggenhagen am Moritzplatz.**
 Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. Zahlreiche Vetheiligung erwünscht.
 Der Vorstand. F. A.: **Paul Scholz.** 189

Verein. der Drehsler Deutschlands (Ortsverwaltungen Berlin 1-7.)

Sonnabend, den 31. Januar
Grosser Wiener Masken-Ball
 im neuen Saal der **Unions-Brauerei, Hasenhaide 26-32.**
 Entree 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
 Billets sind zu haben in den Zahlstellen und bei **Luz, Kottbuser Damm Nr. 21, 2 Tr.; Stein, Friesenstr. 18; Benzner, Adalbertstr. 94, 2 Tr.; Bernhardt, Färberstr. 18, 2 Tr.; Meinte, Holzmarktstraße 18, Luertgebäude 2 Tr.; Fischer, Schleißerstr. 5.** — Um zahlreichen Besuch bitten
 Das Komitee.
 E. H. Hund m. gelb. Färb. u. dunkl. Nück., led. Maulkorb u. Halsb., Marke 33 393, ist entl. Geg. Belohnung abgegeben bei **Janz, Höchststraße 43.**
 Das gr. Lager Berlins
Kinderwagen. Andreasstr. 23, D.P.
 Schlaßl. f. H. Brückenstr. 6. Winter.

Abg. Richter erachtet die Regierung, der Anregung des Herrn Oeschelhauser wegen der Postsparrassen keine Folge zu geben. Außerhalb der nationalliberalen Partei ist durchaus keine Neigung für das Gesetz vorhanden, man will in kommunalen Sparklassen keine Konkurrenz machen, namentlich aber wünscht jetzt niemand die Last neuer sozialpolitischer Gesetze zu übernehmen. Die Mitteilung des Vertrages mit dem Wolffschen Bureau gehört hieher; der Antrag richtet sich an die Adresse des Reichsanwalts, der ja darüber befinden wird. Aus der ganzen Behandlung dieser Frage ernehme ich, daß dahinter noch weit mehr steckt als ja bisher annahm.

Abg. Oeschelhauser (natl.) bittet die Regierung, die Stimmung des Hauses nicht nach dem Urtheil des Herrn Richter zu beurteilen; das Urtheil des Vertreters einer Partei, welche alle sozialpolitischen Gesetze abgelehnt habe, sei durchaus nicht maßgebend.

Abg. Kormann (nl.) spricht sich ebenfalls gegen die Postsparrassen aus, weil die Post jetzt mit den Arbeitern für die Arbeiterversicherung sehr überhäuft sei; übrigens habe man in Sachen keine Neigung, auf eine zentralisirte Postsparrassen-Einrichtung einzugehen.

Abg. v. Voltmar (Soz.): Wenn der Abg. Singer sich gegen die Petition der Zeitungen und gegen eine Ermäßigung der Telegraphengebühren wendet, so hat er selbst hinzugefügt, daß seine Ansicht eine persönliche war. Auch meine Stellung ist eine persönliche, wenn ich erkläre, daß ich der Ansicht des Abg. Singer nicht beitrete. Für mich ist die allgemeine Erleichterung des Verkehrs ausschlaggebend. Der Staatssekretär wies gestern darauf hin — hier befindet er sich einmal mit den Sozialdemokraten im Einvernehmen —, daß jede Erleichterung auf diesem Gebiete von den Steuerzahlern im Allgemeinen getragen werden muß. Sollte eine Verbilligung der Gebühren einen Ausfall an Einnahmen herbeiführen, so würde ich die Verantwortung auf mich nehmen können, vorübergehend den Steuerzahlern eine gewisse Erhöhung aufzuerlegen. Von dem Standpunkt, daß die Lasten der Steuerzahler nicht erhöht werden dürfen, müßten alle Mehrausgaben abgelehnt werden, besonders die für Universitäten, die dazu nur den höheren Gesellschaftsklassen zu Gute kommen. Wie ich für alle Forderungen eingetreten bin, so werde ich auch für jede Erleichterung des Verkehrs eintreten, auch soweit das die Zeitungen betrifft. Es handelt sich hierbei nicht um den Geldbeutel der Verleger, sondern die Petenten sagen selbst, daß eine Ermäßigung der Telegraphengebühren besonders den mittleren und kleineren Blättern zu Gute kommen würde. Gerade jetzt genießen die größeren Blätter eine Vorzugsstellung, indem sie sich einen Draht pachten, was die kleineren nicht können. Tritt eine Ermäßigung der Gebühren ein, so können auch die kleineren Blätter sich des Telegraphen ausgiebig bedienen. Ich bin also für eine allgemeine Verbilligung der Telegraphengebühren, und soweit diese nicht zu erreichen ist, wenigstens eine solche für die Zeitungen. Ich möchte diese vor dem Vorwurf bewahren, daß sie mit dem Privilegium anderer Gesellschaftsklassen irgendwie in eine Linie zu stellen sind. Auch im Telegraphenwesen könnte eine durchgreifende Verbilligung der Gebühren eintreten. Heute ist für das Volk in seiner großen Mehrheit die Einrichtung noch nicht in Gebrauch, da die hohen Kosten dies verbieten. Es werden uns immer Länder vorgeführt, wo die Sätze höher sind, nicht aber solche, wo sie billiger sind. In Stockholm finden Sie die ausgebreitetste Benutzung des Telegraphen, es ist dort in jedem Laden; allerdings betragen die Gebühren für eine kurze Unterredung nur 11 Pf. Wenn der Direktor Fischer sagt, daß in keinem Nothort für die Beamtengebühren so viel bei der Post geschieht, so vergißt er dabei, daß der Reichstag die Postverwaltung dazu gedrängt hat.

Abg. Graf Ballestrem erklärt, daß das Zentrum auf seinem ablehnenden Standpunkt den Postsparrassen gegenüber immer noch beharre.

Abg. Hartmann (nl.) erklärt sich ebenfalls gegen die Postsparrassen. Man solle das Publikum zur Benutzung der kommunal-sparlassen ermuntern und das könnte der Postverwaltung, wenn sie die Vermittlung zwischen dem Publikum und den Sparlassen übernehmen wollte. Der Antrag Richter wegen des Vertrages mit dem Wolffschen Bureau würde wohl besser in der Budgetkommission vorbehalten, damit auch der Reichsanwalt, an welchen der Antrag sich wendet, dazu Stellung nehmen kann. In einer Kommission erfahren wir wohl auch viel mehr, als hier im Hause, denn vielleicht kommen dabei Sachen zur Sprache, die nicht für die Öffentlichkeit geeignet sind.

Abg. Richter befürchtet davon nur eine Verschleppung der ganzen Frage.

Abg. Hartmann: Bei der gegenwärtigen Geschäftslage kann doch eine Verschleppung überhaupt nicht eintreten.

Abg. Richter: Wenn der Reichsanwalt meint, daß gewisse Dinge nicht öffentlich behandelt werden können, dann möge er das selbst dem Hause gegenüber erklären.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt. Der Antrag Richter wird angenommen, nachdem die Verweisung an die Budgetkommission abgelehnt war; für denselben stimmen die Sozialdemokraten, Volkspartei, Freisinnigen, Zentrum, Nationalliberalen und Antisemiten.

Um 3 1/2 Uhr wird die weitere Beratung des Etats bis Freitag 1 Uhr vertagt.

Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung vom 22. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Herrfurth, Miquel. Die Emeritierungsordnung für die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Schleswig-Holstein wird in dritter Lesung ohne Debatte einstimmig angenommen.

In der ersten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Ausdehnung einiger Bestimmungen der Novelle zum Pensionsgesetz auf mittelbare Staatsbeamte richtet

Abg. v. Schandendorff (natl.) an die Regierung die Bitte, daß die von dem Minister des Innern im Herrenhause in Aussicht gestellte Vorlage an den Reichstag, betreffend die Anrechnung der Militärdienstzeit bei der Pensionierung der Gemeindebeamten, recht bald eingebracht werden möchte.

Minister Herrfurth: In wie weit es möglich sein wird, im Wege des Reichsgesetzes den hervorgetretenen Mangel abzuhelfen, steht dahin; im Wege der Landesgesetzgebung läßt sich Abhilfe nicht erreichen. Die Sache befindet sich noch in der Erödrung.

Auf eine Anfrage des Abg. v. Nisselmann bestätigt Minister Herrfurth, daß die betreffenden Bestimmungen auch auf die kommunal-sparbeamten Anwendung finden sollen. Ein Erkenntnis des Ober-Landesgerichts in Köln hat freilich dieses Recht der kommunal-sparbeamten ihnen schon für jetzt zugesprochen; man könne aber die Praxis auf Grund dieses Erkenntnisses allein nicht ändern, sondern werde abwarten, wie ein eventuelles Erkenntnis des Reichsgerichts ausfallen wird.

Abg. Schlabig tritt dem Wunsche des Abgeordneten v. Nisselmann bei.

Damit schließt die erste Lesung. In zweiter Beratung wird die Vorlage ohne Abänderung und ohne Debatte angenommen.

Es folgt die erste Lesung der Vorlage, betreffend die Erhöhung des Höchstbetrages der Hundesteuer in den älteren Landestheilen der Monarchie.

Abg. von Schalscha giebt zu erwägen, ob nicht bei dieser Gelegenheit eine verschiedene Besteuerung der Hunde und Hündinnen einzuführen sei. Die Vermehrung der Tollwuthfälle rührt vielfach daher, daß es zu viel Hunde, aber zu wenig Hündinnen giebt. Man könnte durch eine geringere Besteuerung der Hündinnen auch hier vorgehen.

Minister Herrfurth: Die Hundsteuer in den Gemeinden ist nicht obligatorisch, sondern fakultativ; es bleibt den Gemeinden

überlassen, auch eine solche Differenzierung in der Besteuerung einzutreten zu lassen.

Abg. Schlabig: Wir haben in Gdrlitz diesen Ausweg betreten wollen, sind aber durch die Sachverständigen dahin belehrt worden, daß das von Herrn v. Schalscha empfohlene Mittel gänzlich unwirksam ist. Dagegen wird die Erhöhung der Steuer zweifellos eine Verminderung der Hunde wirken.

Abg. v. Schalscha: Allerdings wird durch die Befestigung der Hunde auch die Tollwuth beseitigt. (Heiterkeit.) Aber auf dem Lende müssen doch sehr viel Hunde gehalten werden, und ein versteuerter Hund kann ebenso toll werden, wie ein unverteuerter. Die Steuer drückt den Hund gar nicht (Heiterkeit).

In zweiter Lesung wird die Vorlage unverändert ohne Diskussion angenommen.

Es folgt die dritte Beratung der Vorlage, betreffend die Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen wegen der Wahl von Stadtverordneten.

Abg. Tschode (natl.): Der Gesetzentwurf fällt eine fühlbare Lücke in der Städteordnung aus und entspricht den Beschlüssen des Landtags in verschiedenen Sessionen. Eine mit diesem Gesetzentwurf in Zusammenhang stehende und von 85 Breslauer Stadtverordneten ausgehende Petition wünscht nun im § 14 den Absatz 1 dahin abzuändern, daß statt „Gebühren zu einer Abtheilung mehr als 500 Wähler, so kann die Wahl derselben nach dazu gebildeten Wahlbezirken geschehen“ gesagt wird: — „so hat die Wahl derselben nach dazu gebildeten Wahlbezirken zu geschehen“, und daß folgender Zusatz gemacht wird: „Ist eine Abtheilung in Wahlbezirke zerlegt worden, so müssen auch die anderen Abtheilungen in Wahlbezirke zerlegt werden, und zwar gleich viel, ob diese Abtheilungen mehr oder weniger als 500 Wähler umfassen. Die Zahl der Wahlbezirke muß in allen Abtheilungen die gleiche sein.“ Zur Begründung führen die Petenten an, daß jetzt in Breslau in der zweiten und dritten Abtheilung 17 Wahlbezirke bestehen, während in der ersten bis vor Kurzem nur ein Wahlbezirk — erst im letzten November hat die erste Abtheilung zum ersten Male in zwei Bezirken getheilt — bestanden hat, daß dadurch eine Verklammerung des Wahlrechts in der zweiten und dritten Abtheilung zu Gunsten der ersten stattfindet, und daß unter Umständen sogar einem Bürger, der einen Wohnortwechsel vornimmt, die Möglichkeit, einen Stadtverordneten zu wählen, auf Jahre hinaus entzogen werden kann. Eine solche erhebliche Anomalie verlangt wohl eine Deklaration des betreffenden Paragraphen der Städte-Ordnung. Um nicht den vorliegenden und sehr willkommenen Gesetzentwurf mit einer neuen Zugabe zu belasten, beantrage ich nicht, Gesetzentwurf und Petition einer Kommission zu überweisen, sondern beantrage ich, die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Petition zu lenken, die eine gründliche Prüfung verdient, und empfehle im Uebrigen die Annahme des Gesetzentwurfs.

Minister Herrfurth: Die erwähnte Petition ist auch mir zugegangen, ihre Erfüllung aber durchaus unmöglich. Was die Petenten wollen, ist zum Theil gar nicht ausführbar, namentlich die Wahl in gleichen Bezirken für alle drei Klassen.

Ohne Spezialdiskussion wird die Vorlage in zweiter Lesung unverändert angenommen.

Der Gesetzentwurf betr. die außerordentliche Armenlast wird vom

Abg. Krause (nl.) in der Fassung des Herrenhauses zur unveränderten Annahme empfohlen. Der Gesetzentwurf führt eine außerordentliche Entlastung der Gemeinden herbei und dient gleichzeitig in hohem Maße der Humanität.

Abg. v. Tschode (nl.) empfiehlt auch seinerseits die Vorlage, will aber ihre Erörterung in einer Kommission von vierzehn Mitgliedern, Redner macht einige Erweiterungs- bzw. Abänderungsvorschläge zum Gesetzentwurf und zum Ausführungsgesetz zum Reichsgesetz betr. den Unterhaltungswohnort.

Abg. v. Raudshaupt hält gleichfalls Kommissionsberatung für notwendig. Die Provinzialverbände als Land-Armenverbände hätten bisher die Verpflichtung, für alle Geisteskranken die Fürsorge zu übernehmen, nicht; diese Verpflichtung soll jetzt ausgesprochen werden, und damit vermehren sich die Kosten für die Provinzen ganz außerordentlich. Denn die Zahl der nicht gemeingefährlichen Geisteskranken, die der Kostpflege bedürfen, ist sehr erheblich. Ferner ist zweifelhaft geblieben, was Jbiot ist; der Begriff schwankt. Alle diese Punkte bedürfen genauer Erörterung in einer Kommission. Noch schwieriger liegt die Frage der Epileptiker. Auch die Frage: Was ist denn Hilfsbedürfnis im Sinne dieses Gesetzes? ist nicht klar beantwortet.

Minister Herrfurth: Die Vorlage ist allerdings keineswegs so einfach, wie sie ansieht, sie hat auch im Herrenhause erhebliche Änderungen erfahren. Die Änderungen des Herrenhauses haben einmal eine Klarstellung des Grundgedankens der Vorlage im Sinne der Regierung und sodann wesentliche Verbesserungen wie die Einschlebung des Kreises als des prinzipaliter Verpflichteten herbeigeführt. Es ist nicht die Absicht dieses Gesetzes, im Punkte der Hilfsbedürftigkeit und des Umfangs der Armenpflege irgend welche Änderung herbeizuführen. Der Begriff der Hilfsbedürftigkeit ist reichhaltig festgestellt; auch der Umfang der Armenpflege soll derselbe bleiben, wie bisher. Die Vorlage bietet auch eine wesentliche Erleichterung bei der Ausführung der bezüglichen Bestimmungen der neuen Landgemeinde-Ordnung und bei der Bildung der Zweckverbände.

Das Haus überweist den Entwurf einer Kommission von 14 Mitgliedern.

Es folgt die erste Beratung der Vorlage, betreffend die Vereinigung der Insel Helgoland mit der preussischen Monarchie.

Abg. Peters: Ich möchte der Freude Ausdruck geben, mit der wir Alle erfüllt sind über die Thatsache, daß es gelungen ist, die früher zu Deutschland gehörige Insel für Deutschland wiederzugewinnen. (Bravo!) Der alte Decker würde, wenn er heute noch lebte, alle seine Hoffnungen für die von ihm so sehr geliebte Insel erfüllt sehen. Die Uebertragung landwirtschaftlicher Vermögensgegenstände auf einen Hilfsbeamten, wie es die Vorlage vorschlägt, ist nicht ohne Bedenken, jedenfalls bitten wie die Regierung, bei der Auswahl desselben besondere Sorgfalt walten zu lassen, er darf nicht allzu bürokratisch anstreben, denn das würde leicht eine Entfremdung der neu gewonnenen preussischen Staatsbürger bewirken. Er muß auch mit ausreichendem Gehalt dotirt werden, um seine Stellung voll und ganz auszufüllen. Für den Verkehr mit dem Festlande zu sorgen und gleichzeitig den Inseln ihren bisherigen Erwerbsquellen zu belassen, wird ebenfalls Aufgabe der Regierung sein, ebenso die Sorge für die Fischer, die eines Hafens dringend bedürfen. Gegen die Angliederung an Schleswig-Holstein und an den Kreis Süderdithmarschen haben wir nichts einzumenden. Den Antrag des Abgeordneten Ritter, welcher uns soeben zugegangen ist, und der die Errichtung eines eigenen Amtsgerichts dort bezweckt, kann ich nicht billigen; für einen Amtsrichter in Helgoland findet sich genügend Beschäftigung nicht. Die Zulassung zum Amtsgericht Altona und die Abhaltung von Gerichtstagen auf der Insel ist völlig zweckentsprechend und ausreichend. Die Vorlage kann ohne Kommissionsberatung hier im Plenum erledigt werden.

Abg. Arendt schließt sich den Einzelwünschen des Vordredners an, nur in Bezug auf den Antrag Ritter weiche er von ihm ab, indem er den Antrag empfehle. Er stimme dem Vordredner auch in der Freude über die Erwerbung Helgolands zu. Gerade er (Redner) habe seit Jahren für die Erwerbung Helgolands durch Deutschland seine Thätigkeit eingesetzt; damals habe man noch seine Bestrebungen als Phantasien eines Kolonialfanatikers bezeichnet. Für England war die Abtretung Helgolands kein großer Opfer; aber was wir dafür gezahlt haben, ist thatsächlich ein neuer Anzug gewesen, gegen den wir einen Dol-

knopf eingetauscht haben, wie man es zureichend bezeichnet hat. Bedauerlich sei, daß auf diese Seite der Sache im Reichstage nicht genügend nachdrücklich hingewiesen sei. Dort habe Herr Richter im Gegenbilde die Politik der Regierung gelobt und hinzugefügt, es wäre sehr gut, wenn irgendwo noch ein kleines Inselchen zu finden wäre, wofür wir andere Kolonien mit Aufwand los werden könnten. Auch diese Aeußerung sei bedauerlicherweise ohne Nütze hingegangen; Namens weiter Kreise weise er (Redner) diesen Hohn mit der gebührenden Schärfe zurück. (Lachen links.) Dieser sei auch wegen unserer Kolonien eine eigentliche Beschlußfolgerung des Reichstages nicht möglich, ebenso wenig über den Abschluß des deutsch-englischen Abkommens. Wäre er im Reichstage (Lachen links), so würde er gegen jede Kolonialforderung stimmen, so lange auf diesem Gebiete im Wege der Verfassungsänderung nicht Wandel geschaffen wäre. Zum ersten Male habe er bedauert, bei der Reichstagswahl durchgefallen zu sein, denn er hätte gern ein öffentliches Wort über diese Sache gesprochen. Große Fehler seien in der Reichspolitik gemacht worden. Der Zustand in Ostafrika sei auch ganz wesentlich durch Verschulden der Regierungsorgane mit herbeigeführt worden. Er wolle deswegen den verlassenen Reichskanzler nicht angreifen, wie ihn diese Fehler überhaupt nicht hinderten, jenem den schuldigen Zoll der Dankbarkeit zu entrichten. Die Hege gegen den früheren Reichskanzler sei nicht, was die Situation besonders ehren könne. Die jetzige Regierung scheine nicht auf allen Gebieten diejenige Stärke und Kraft zu zeigen, die zu wünschen ist; man müsse ihr zurufen: Landgraf, werde hart! Öffentlich werde Herr v. Bismarck noch die Genugthuung erleben, daß ein junger, thätigster Staatsmann in den Rath der Krone eintritt (Große Heiterkeit).

Minister Herrfurth: Ich gebe auf diese Ausführungen nicht ein, von denen der Vordredner selbst gesagt hat, sie gehören nicht hierher. Wenn der Umstand, daß er bei den Reichstagswahlen durchgefallen ist, ihm einen Anreiz gegeben hat, sie zu machen, so gehören sie deswegen doch noch nicht hierher. Das ist allerdings ein hoher, ja der höchste Ruhm, daß der Kaiser im Frieden ein Mehrer des Reiches geworden. Der Hohenzollern-Kar, der seinen Flug genommen hat vom Fels zum Meer, er schwebt jetzt auch über jenem Fels im Meer, den seine Weisheit uns wiedergewonnen hat! (Lachender Beifall.)

Abg. Ritter verzichtet nach diesen Worten des Ministers darauf, dem Abg. Arendt zu antworten; ebenso der Abgeordnete Seelig.

Damit schließt die Generaldiskussion.

In der zweiten Lesung bespricht Abg. Ritter (nl.) die Errichtung eines eigenen Amtsgerichts auf der Insel, welches namentlich zur Zeit der Badezeit unentbehrlich sein würde. Nach einem Uebergang von etwa zehn Jahren, wenn die Richter sich in das jütische Recht eingearbeitet haben würden, könnte ja die Stelle wieder eingelegt werden. Man gönne doch der Insel einen Amtsrichter, auch wenn er nicht genügend zu thun habe.

Geh. Rath v. Wilmsowki entgegnet, daß solches doch nicht zu verantworten sein würde. Auch auf den vielbesuchten Seebädern Nordsee und Borkum seien keine Amtsgerichte vorhanden.

Abg. Krah (nl.) tritt gleichfalls dem Antrage seines Fraktionsgenossen entgegen, indem er besonders auf die Erfahrungen des auf Selt etablierten Amtsgerichts verweist, welches dem Staate auch nur Geld koste, ohne recht nützlich zu sein. Auch dieser Redner wünscht eine sorgfältige Auswahl der Person des Landrathsgesetzten, der in Helgoland stationirt werden soll.

Abg. Graf zu Limburg-Stirum will sich auf die überflüssigen Ausführungen wegen der Wiedererwerbung der Insel nicht einlassen, die Sache sei im Reichstag abgemacht. Zur Zeit könne er wesentlich im Anschluß an die Ausführungen des Vordredners, für die Errichtung eines Amtsgerichts daselbst nicht stimmen.

Nachdem der Antragsteller nochmals die selben Gründe eingetrennt, wird derselbe gegen die Stimmen eines kleinen Theils der Freikonservativen abgelehnt, die Vorlage im Einzelnen unverändert angenommen.

Bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die Veranlassung der Fabriken u. s. w. mit Vorausleistungen für den Högobau in der Provinz Brandenburg, wünscht

Abg. Seelig die Vorlegung eines ähnlichen Gesetzes für Schleswig-Holstein, wie es der Provinzial-Landtag schon vor zwei Jahren einstimmig beschloffen habe.

Regierungskommissar Geheimrath Roth-Sübner erwidert, daß die Vorlegung eines entsprechenden Gesetzes für Schleswig-Holstein voraussichtlich noch in dieser Session erfolgen werde.

Abg. Saß beantragt namens der Konservativen die Aufhebung der zweiten Lesung und kommissarische Beratung, da die neuere Rechtsprechung des Ober-Verwaltungsgerichts und die Vertreibung der Beweislast durch dasselbe die Anwendbarkeit dieser Provinzialgesetze fast illusorisch gemacht habe. Das Gericht verlange die zahlenmäßige Feststellung der erfolgenden Abmähung für die Zukunft; eine solche Feststellung sei ungemein schwer, wenn überhaupt möglich. Selbst für die Vergangenheit sei die Forderung nicht so leicht zu erfüllen.

Geh. Rath Gamp: Die Vorlage weicht ganz wesentlich ab von dem ursprünglichen Entwurf; die Regierung hat sich über die Änderungen des Herrenhauses noch nicht schlüssig gemacht. Das Ressort der Handel- und Gewerbeverwaltung hat gegen dieselben die schwerwiegendsten Bedenken, die in der Kommission zum nähern Vortrag kommen werden.

Abg. Melbeck beklagt sich darüber, daß der Entwurf für die Rheinprovinz seit zwei Jahren fertig, aber immer noch nicht publizirt worden ist.

Geh. Rath Gamp: Der Entwurf bezüglich der Rheinprovinz ist deshalb nicht publizirt, weil im Widerspruch mit der Staatsregierung vom Herrenhause das Recht der Erhebung von Präzipualbeiträgen auch der Provinz beigelegt worden ist. Gegen diese Erweiterungen hat die Handels- und Gewerbeverwaltung schon damals Bedenken geltend gemacht; nach den von der Regierung eingelegten Informationen entspricht die Vorlage in dieser Gestalt auch den Wünschen der Provinz selbst. Namentlich haben sämtliche Industrielle der Provinz nahe, es möchte mit dem vorliegenden Entwurf für Brandenburg nicht ebenso geben, der Landtag möchte sich in seinen weitergehenden Wünschen die gebotene Referenz auflegen.

Die Abg. Viesebach, Mooren und Melbeck bringen demgegenüber nochmals auf endliche Publizierung des Gesetzes für die Rheinprovinz.

Die Vorlage geht in die Gemeindefinanzkommission.

Der Bericht über die Verwendung des Erbes für verkaufte Berliner Stadtbahnparzellen wird ohne Debatte für erledigt erklärt.

Schluß 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen und Etat.)

Parlamentarisches.

Petitions-Kommission.

Sitzung vom 20. Januar.

Nach Feststellung mehrerer Berichte für das Plenum tritt man in die Beratung der für heute vorliegenden Petitionen ein. Nachdem einige Petitionen, welche die Aufhebung des Einfuhrverbalts von amerikanischen Schweinefleisch befristeten, als durch die Plenarbeschlüsse über den Antrag Barth erledigt erklärt wurden, entspann sich eine längere Debatte über die Petitionen einer großen Zahl offischer Tabakbauern. Dieselben wünschen um den Rückgang ihres Tabakbaues zu verhüten, entweder die Führung des Tabakmonopols, oder Erhöhung

Versammlungen.

Die Berliner Streit-Kontrollkommission

Die Berliner Streit-Kontrollkommission hielt Mittwoch Abend unter Vorsitz des Genossen Vint ihre Sitzung ab, welche sich eines recht regen Besuchs zu erfreuen hatte.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verwarnte sich der Vertreter der Gewerkschaften und Hülfsvereine, Genosse Zuck, gegen die in voriger Versammlung seitens eines Delegierten gegen ihn erhobene Anschuldigung, er hätte falsch Bericht erstattet. Seine Gewerkschaft habe in einer öffentlichen Versammlung es mit Entschiedenheit zurückgewiesen, daß ihr Delegierter falsche Berichte erstattet hätte.

Zunächst legte Genosse Wiltschke nochmals die Abrechnung vor, deren Wägung in der vorigen Versammlung infolge einer kleiner Unregelmäßigkeiten beanstandet und einer neu gewählten Kommission zur nochmaligen Revision überwiesen wurde. Nach einer längeren, teilweise sehr erregten Debatte ertheilte die Versammlung dem Kassierer Decharge. Weiter stand ein Bericht über den Vergolderstreik auf der Tagesordnung, wozu der Vergolder P. Lintke das Wort erhielt. Der selbe führt aus, daß in seiner Gewerkschaft ein partieller Streik eintreten mußte. Die Fabrikanten nahmen die günstige Gelegenheit, welche ihnen die Arbeitsverhältnisse kurz vor Weihnachten boten, wahr, den Arbeitern Lohnabzüge von 20-25 pCt zu machen. Als die Arbeiter sich dies nicht gefallen lassen wollten, wurden sie ausgesperrt, auf Vermittlungen ließen sich die Unternehmer gar nicht ein. Es sind 16 Mann betroffen, welche schon ungefähr 7 Wochen von der Gewerkschaft Unterstützung erhalten; bis jetzt wären 1500 M. von derselben aufgebracht worden. Nun wären aber ihre Mittel fast vollständig erschöpft. Das Bedenkliche sei, daß die Unternehmer vom 1. Februar ab im Allgemeinen einen Lohnabzug von 25 pCt. planen, im Falle der Weigerung wollten sie einfach die Arbeit niederlegen. In der Fabrik von Rutenberg sei bereits jetzt damit der Anfang gemacht und 8 Arbeiter dadurch arbeitslos geworden, welche nun auch Unterstützung bedürftig seien. Redner ersucht daher die Streit-Kontrollkommission, die Vergolder in ihrem berechtigten Kampfe gegen das Unternehmertum zu unterstützen.

Pfeiffer (Wider): Wenn der Fall nur die erwähnten 16 Mann betroffen hätte, würde er beantragt haben, der Gewerkschaft die Regelung selbst zu überlassen. Aus den Ausführungen des Vorredners gehe aber hervor, daß es sich um eine Frage von weitgehender Bedeutung handele und da sei es dringend notwendig, daß die Kommission sich mit den Vergoldern vollständig erkläre. Möglicherweise, daß die Unternehmer doch von ihrem Vorhaben abgesehen werden, wenn sie sehen, daß die gesamte Arbeiterchaft hinter den Vergoldern steht.

Hohwegler macht darauf aufmerksam, daß die Vergolder im vergangenen Jahre große Ausgaben für Unterstützung gehabt hätten, es sei daher ihr jetziger Anspruch auf Unterstützung berechtigt. Er empfehle, den Vergoldern vorläufig die Ausgabe von Sammellisten zu gestatten.

Sombin beantragt, denselben 150 M. aus dem Fonds der Streit-Kontrollkommission zu bewilligen.

Silberberg tritt gleichfalls für Unterstützung ein und empfiehlt den Vergoldern, sich auch an die Generalkommission in Hamburg zu wenden. Derselbe empfangt von fast sämtlichen Berliner Gewerkschaften Beträge und müsse deshalb wohl auch die Berliner Arbeiter unterstützen.

Nachdem sich noch mehrere Redner für die Unterstützung verhandelt hatten, wurde der Streit der Vergolder von der Streit-Kontrollkommission als ein berechtigter anerkannt; als vorläufige Unterstützung wurden denselben 150 M. bewilligt, sowie die Ausgabe von Sammellisten.

Sodann wurde zu dem dritten Punkt der Tagesordnung geschritten, welcher die Fortsetzung der Beratungen über die weitere Gestaltung der Streit-Kontrollkommission betraf. Hierzu erhebt als erster Redner Genosse Köster das Wort, welcher Namens seiner Gewerkschaft, der Formier, ausführt, daß dieselbe zu der Überzeugung gelangt sei, daß die bisher gemachten Vorschläge nicht die richtigen seien. Eine Auflösung könne nicht gebilligt werden in Anbetracht der der Streit-Kontrollkommission zufallenden wichtigen Aufgaben. Änderungen müßten nur in der Geschäftsführung eingebracht werden. Er habe folgenden Vorschlag zu machen, die Kommission bliebe als solche bestehend und wähle aus ihrer Mitte einen geschäftsführenden Ausschuss von 12 Personen, in welchem die wichtigsten Gewerkschaften vertreten sind. Dieser Ausschuss müsse die Nachschußnahme haben, selbständige Beschlüsse fassen zu können. Nur wenn in demselben keine Einigung erzielt werden könnte oder wenn die betreffenden Parteien mit den Beschlüssen nicht einverstanden wären und wenn diese die Unterstützung der Vertreter von fünf Gewerkschaften anfordern könnten, sollten die Verhandlungen an die Streit-Kontrollkommission, als zweite Instanz, gelangen. Behufs der Verringerung der Delegiertenzahl empfehle er, daß ein Delegierter hundertbewilligt sein solle und daß der zweite Delegierte sein Amt als Ersatzmann weiter behalte. Eine Auflösung der Kommission, wie sie in letzter Versammlung vorgeschlagen wurde, würde nur das Ansehen derselben schwächen und es würde dann ein neuorganisierter Ausschuss sich auch keine Anerkennung erlangen können. (Beifall.)

Witzke tritt den Vorschlägen des Genossen Köster bei, obwohl er bisher eine andere Ansicht vertreten habe, er sehe aber ein, daß dieses die beste Neugestaltung sein dürfte.

Sombin: Ein Vorschlag, wie er von Köster gemacht sei, hätte von Anfang an zur Durchführung gelangen können, man habe aber vermeiden wollen, daß die Streit-Kontrollkommission zu einem Verein gestempelt würde. Sehr leicht werde dieselbe bei Annahme des Antrages Köster mit den Vereingewählten in Berührung kommen und da müsse er anraten, sehr vorsichtig vorzugehen. Die Verringerung der Delegiertenzahl auf einen Vertreter für jede Gewerkschaft genüge nicht. Da würden immer noch ebenso unhaltbare Beschlüsse gefaßt werden können, wie der Beschluß, daß sich die Delegierten der Kommission nur auf Berlin erstrecken sollen. Dadurch nicht notwendig sei es, daß alle Gewerkschaften vertreten seien, ein Versehen darauf trage von Nachteil, als Beispiel verweise er da auf die Generalkommission. Er empfehle Verlegung einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung, ob nicht eine Verringerung der Delegiertenzahl ähnlich wie in der Generalkommission wünschenswert sei.

Bernau ist für ein Weiterbestehen der bisherigen Form, nur eine kleine Abänderung, Abstimmung nach Branchen, halte er für angebracht. Ein Ausschuss von 3 Personen genüge, dessen Kompetenz sich auf Einberufung von Versammlungen und Festsetzung der Tagesordnung beschränken müsse. Die Tätigkeit habe sich nur auf Berlin und Umgegend zu erstrecken, für die anderen Ortschaften sei die Generalkommission da.

Zuck hält Verringerung der Delegiertenzahl auf einen Vertreter für das Beste, es müsse jede Gewerkschaft vertreten sein. Er wünscht, daß die Gewerkschaften, welche kleinere Angelegenheiten zu regeln haben, bei größeren Fragen müsse die öffentliche Versammlung sich äußern. Von den einzelnen Gewerkschaften sollten Vertrauensmänner gewählt werden.

Faber tritt dafür ein, daß der Ausschuss so sein solle, wie er bisher war, doch sollten ihm mehr Rechte überwiesen werden, nur in wichtigen Fragen seien die Delegierten zusammenzubekommen; im übrigen wären die Vertreter in der bestehenden Zahl zu belassen.

Läterow verlangt die Auflösung der Streit-Kontrollkommission durch die öffentliche Versammlung und Wahl einer Kommission, gleichgültig aus wie viel Personen sie bestehe.

Karpentier spricht sich gegen einen Ausschuss mit größerer Kompetenz aus, er will nur Verringerung der Delegiertenzahl auf einen Vertreter.

Körner bestreitet, daß mit seinem Antrage die Kommission zu einem Verein gestempelt würde, er wolle nichts weiter, als einen geschäftsführenden Ausschuss mit Vollmacht.

Witzke meint, die Streit-Kontrollkommission sei über den ihr gestellten Rahmen hinausgegangen, sie sei von den Gewerkschaften nur beauftragt worden, sich mit Streiks, Aussperrungen etc. zu befassen. Betreffs des Antrages Köster befürchte er auch, daß damit der Charakter eines Vereins angenommen werden würde. Am meisten sympathisch sei ihm der Antrag des Genossen Bernau.

Hohwegler widerspricht der Erteilung von Vollmachten, indem er mit einem Hinweis auf den Magdeburger Gewerkschaftsstreik auf die damit in Hand gegebenen Gefahren für sämtliche Gewerkschaften aufmerksam macht. Er beantrage Auflösung und in öffentlicher Versammlung Wahl von 5-7 Vertrauensleuten.

Silberberg findet, daß mit der Annahme des Antrages Köster eine Organisation geschaffen wäre, welche der unserer Partei ähnlich sei. Die Streit-Kontrollkommission habe sich mit Dingen befäßt, welche ihr nicht zuzukommen. Im Gegensatz zu Sombin trete er für eine lokale Tätigkeit ein.

Sombin meint, die Streit-Kommission trage die Schuld, daß Berlin gegenwärtig die auswärtigen Arbeiter so wenig unterstütze (Auf: Arbeitslosigkeit), daran sei die Ablehnung der Marxenausgabe Schuld.

Er ist befürwortet Wahl eines Ausschusses von fünf bis sieben Personen.

Nachdem damit die Rednerliste, welche schon vorher durch einen Schlusantrag geschlossen war, erledigt war, wurde zur Abstimmung über die eingelaufenen Anträge geschritten. Eine Reihe anderer Anträge wurde abgelehnt und endlich nachstehender des Genossen Bernau mit 44 gegen 11 Stimmen angenommen:

Die Zahl der Delegierten der Berliner Streit-Kontrollkommission bleibt im Wesentlichen, wie sie ist. Wir wählen einen Ausschuss von 3 Personen ohne Kompetenz, welcher Anträge entgegennimmt, die Tagesordnung festsetzt und die Versammlungen einberuft. Die Stimmen bei wichtigen Sachen nach Branchen ab. Zu jedem Punkt der Tagesordnung erhält von jeder Branche nur ein Vertreter das Wort, Ausnahmen finden nur statt, wenn die betreffende Branche in erster Linie interessiert ist. Ein vom Genossen Witzke zu diesem Antrag gestelltes Amendement, die Zahl der Delegierten der einzelnen Gewerkschaften auf einen Vertreter zu reduzieren, wurde mit bedeutender Mehrheit abgelehnt, so daß die Frage offen bleibt, wie auseinandergehende Meinungen der Vertreter ein und derselben Gewerkschaft bei Abstimmungen nach Branchen geregelt werden sollen und welcher Delegierte in solchem Falle das Recht der Abstimmung erhält.

Bei der darauf folgenden Wahl des Ausschusses fiel dieselbe auf die Genossen: Köster, Stalitz, 63/64, Witzke, Stalitzstraße 91, Millar, Lehrstr. 22.

Der Vertreter der Mäcker-Arbeiter Koopman gab unter „Verständnis“ der Kommission bekannt, daß der Mäcker-Arbeiter Witzke bisher verabsäumt habe, einen ihm zu diesem Zweck übergebenen Betrag der Streit-Kontrollkommission abzuliefern. Er habe daher von seiner Gewerkschaft den Auftrag, die Angelegenheit hier zur Sprache zu bringen. Der Fall wurde dem Ausschuss zur Untersuchung überwiesen, ebenso ein eingelaufenes Unterstützungsgeßuch.

Das Fest der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter für Wigdorf und Umgegend in der „Neuen Welt“.

Am Sonntag, den 25. d. M., fand das erste Stiftungsfest des genannten Vereins in der „Neuen Welt“ in der Hofenstraße statt. Es konnte in seinem Verlaufe während den schönsten Arbeiterfesten zur Seite gestellt werden. Schon um 3 Uhr Nachmittags — der Anfang war auf 4 Uhr festgesetzt worden — war der große Saal überfüllt und noch immer wachte der Zutrom der mit ihren Familien erscheinenden Festteilnehmer kein Ende nehmend. Um 5 Uhr waren beide Säle so gefüllt, daß buchstäblich kein Kopf zur Erde fallen konnte. An den Ausführungen, welche sich aus Konzert, Theater, Gesangs- und anderen Vorträgen zusammensetzten, wirkten ausschließlich nur Parteigenossen mit. Sie hatten sich des dankbarsten Beifalls zu erfreuen.

Die Festrede hielt Genosse Wilhelm Liebknecht (der etwa Folgendes ausführte:)

Genossen und Genossinnen! Dem Wunsche, heute die Festrede zu halten, bin ich gern gefolgt; ich habe es um so lieber gethan, um den Vorwurf von mir zu wissen, daß ich die Gewerkschaftsbewegung gegenüber der politischen vernachlässigt hätte. Ich war im Gegenteil gerade derjenige, der den Berlinern und der gesamten deutschen Arbeiterchaft schon vor 20 Jahren die englische Gewerkschaftsbewegung als Muster für ihre Lohnkämpfe vor Augen führte.

Von unseren Gegnern wird stets behauptet, daß die Arbeiter so viele Feste feiern, und sie ziehen daraus den Schluß, daß die Lage der arbeitenden Bevölkerung nicht so schlecht sein könne, wie sie immer geschildert würde. Aber die Arbeiter feiern ihre Feste seltener, und dann haben diese Feste neben der Förderung der Geselligkeit auch andere, der Gesamtheit in Gute kommende Zwecke, bessere jedenfalls, als die Feste derjenigen, die auf Kosten der Arbeiter alle Tage Feiertag haben.

Erst heute habe ich wieder aus Australen einen Brief erhalten, aus dem ersichtlich ist, daß auch dort die Arbeiter dieselben Ziele verfolgen, wie wir. In diesem Briefe stehen 2 er in Inhalt schwere Worte, welche in deutscher Uebersetzung bedeuten: Erziehen, Organisiren und Agitiren. Diese drei Worte sind auch für uns wohl zu beachten. Erziehen wollen wir uns und unsere Kinder, in dem Bewußtsein, daß wir nur durch die Erziehung dazu gelangen können, ein zum Kampf fähiges Heer heranzubilden. Wir müssen uns selbst erziehen, auf daß wir, wenn wir Sozialisten sein wollen, auch ganz danach handeln und leben. Wir müssen die Frauen zu der Erkenntnis erziehen, daß sie gleichberechtigt neben dem Manne stehen, und daß sie nicht, wie es in der heutigen „göttlichen“ Weltordnung der Fall ist, den Männern untergeordnet sind. Denn, verachte Ansehung, gerade die Frau ist es, welche die wirtschaftliche Nothlage, die so brüderlich, zuerst empfindet; soll sie doch für alles, was in der Wirtschaft

fehlt, Ersatz schaffen. Wir müssen unsere Kinder erziehen im Sinne unserer sozialistischen Anschauungen, denn jetzt wird die Schule gegen uns mobil gemacht. Gut also! mobilisieren wir unsere Kinder gegen die Schule, und gewiß wird der Sieg unser sein.

Organisiren muß unsere weitere Aufgabe sein; das heißt wir müssen uns in Vereinigungen zusammenschließen, damit wir den Kapital erfolgreich entgegenzutreten können. Einzeln sind wir nichts, vereinigt sind wir alles. Die Wissenschaft zieht gegen die Klassen, aber auch die stärksten Feinde des Lebens gegen die Klassen zu Felde; sie sind so klein, daß man sie nicht einmal sehen kann, aber durch die Massenhaftigkeit, mit der sie auftreten, gereichen sie uns zum Verderben. Man hat von dem Bazillus der Sozialdemokratie gesprochen — gut, solche Bazillen sind wir; nur mit dem Unterschiede, daß wir nicht zerköhen, sondern verbessern wollen, nicht Tod bringen, sondern Leben. Und wenn wir durch eine Massenorganisation zur Resistenz befähigt werden, wenn auch die Frauen sich an den organisatorischen Kämpfen beteiligen werden, müssen wir unbedingt den Sieg davontragen.

Als dritter Punkt bleibt uns noch das Agitiren; agitire Jeder von uns nach seinen Kräften und Fähigkeiten, in den Werkstätten, auf der Straße, überall, wohin wir kommen, und unsere Arbeit wird mit Erfolgen gekrönt sein.

Zum Schluß noch einige Worte über den Verein selbst; ich muß bedauern, daß er, ebenso wie auch andere Vereine hier, so schwach an Mitgliedern ist, und ich möchte alle Anwesenden, hauptsächlich die Frauen, ermahnen, sich dem Vereine anzuschließen, zumal ich gehört habe, daß hier eine Filiale des Berliner Arbeiterinnen-Vereins eingegangen ist, damit ich nächstes Jahr in der Festrede — das heißt, wenn ich verlangt werde — die Freude habe, eine größere Mitgliederzahl, als heute eingeschrieben zu sein, begrüßen zu können. Nochmals: soll es uns gelingen, den Kampf siegreich zu bestehen, dann heißt es: Erziehen, Agitiren und Organisiren.

Dieser Rede Liebknecht's folgte minutenlanges Beifall, der sich immer von Neuem wiederholte. Während spielte der Musikverein der Musikfreunde die Marxfeierlied, deren begeisterte Klänge die Anwesenden entzückten. Vor der Festrede hatte der Gesangsverein „Grüne Eiche“ das Lied: „Ein Sohn des Volkes“ gesungen. Nachdem der Beifallssturm sich gelegt hatte, dankte der Vorsitzende des Vereins in warmen Worten dem Genossen Liebknecht und versprach, immer sein Theil dazu beitragen zu wollen, daß das Banner der Sozialdemokratie hochgehalten werde. Nunmehr brachte er ein Hoch aus auf die internationale Sozialdemokratie, und donnernde, nicht enden wollende Hochrufe auf die sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Liebknecht schlossen diesen Theil des Festes.

Eine öffentliche Versammlung der Klavierarbeiter und verwandten Berufsgenossen beschloß sich unter Vorsitz des Kollegen Witzke mit den Lohnabzügen der Pianofabrik von May und Co., die ca. 20-30 pCt. betragen. Stadtverordneter Frey Jubel führte aus:

Die Kollegen, die dort schon längere Zeit gearbeitet haben, sind der Meinung, daß ein solcher Abzug, wie der beabsichtigte, nicht zu ertragen sei. Er befände sich hier in einer schwierigen Lage, wenn er sein Urtheil abgeben solle, ob der Streit proklamirt werden solle oder nicht. Man möge sich vor Augen führen, daß die Arbeitslosigkeit gerade jetzt eine ungeheurer große sei. Ferner müsse man erwägen, ob auch die Unterstützung der Streikenden garantiert sei bis zur völligen Regelung der Angelegenheit. Frühere Fälle gäben zu bedenken; nicht immer hätten Alle treu zur Fahne gehalten. Wenn man aber andererseits wieder brüderliche, welche Ursachen diesen Lohnabzügen zu Grunde lägen, komme man leicht zur Bejahung der vorliegenden Frage. Man habe in Erfahrung gebracht, die Firma May u. Co. habe einen Kontrakt abgeschlossen zur Lieferung von 700 Klavieren à 300 M. inkl. Zinse. Die Kommission der Klavierarbeiter habe sich zum Zweck der Einigung an die Firma gemeldet, alle Unterhandlungen seien jedoch gescheitert. Der Fabrikant habe ihnen vorgeschlagen, täglich eine Stunde länger zu arbeiten, auf diese Weise würde sich der Verlust wieder ausgleichen. Er sei der Meinung, fährt Jubel fort, daß eine Unterstützung der event. Streikenden eine dringende Nothwendigkeit sei, ja er sei sogar überzeugt, daß die anderen Fabrikanten dieser Branche aus Eitelkeit der Arbeiter, natürlich im gewissen Sinne, treten würden, weil auch diesen die Schleuderkonkurrenz der Firma May nie recht gewesen sei. Es werde jetzt an der Versammlung liegen, zu entscheiden, ob sich die betreffenden Kollegen den Streit aufzwingen lassen sollen oder nicht, ferner zu entscheiden, ob es nicht vielleicht besser wäre, den Lohnkampf bis zum Herbst aufzuschieben. Man dürfe auch wiederum nicht vergessen, was dieser Ausschuss für Konsequenzen nach sich ziehen würde; es stünde ziemlich fest, daß, wenn man sich die Abzüge ohne Weiteres gefallen lasse, alle Fabrikanten damit vorgehen würden. Unbedingt müsse man allen derartigen Gestalten einen Damm entgegen setzen. Die Arbeiter Deutschlands, die einen Abwehrstreik noch niemals haben zu Grunde gehen lassen, werden auch diesen sicher unterstützen.

Die Diskussion wurde äußerst lebhaft; die meisten Redner sprachen sich für sofortigen Beginn des Streiks aus; es wurde beantragt, die Zustimmung zu demselben durch Namensunterschrift zu konstatiren, damit man die etwaigen Streikbrecher danach zu behandeln habe. Im Sinne Jubel's hat Julius Meyer die Sache reichlich zu überlegen. Als entschiedener Gegner des Streiks trat Robert Schmidt auf, der nochmals alle nachtheiligen Umstände zu erwägen gab; gleicher Ansicht mit ihm war Streib. Nachdem hierauf noch einige Redner für sofortige ArbeitsEinstellung gesprochen hatten, wurde folgende Resolution gegen 5 Stimmen angenommen: „Die heutige in Hofmann's Hofsalen tagende öffentliche Klavierarbeiter-Versammlung erkennt die ArbeitsEinstellung der May'schen Kollegen für voll berechtigt an und verpflichtet sich, diese Kollegen mit allen geschickten Mitteln zu unterstützen, verlangt aber von den Kollegen der May'schen Fabrik, ihrem gegebenen Worte gemäß, bis zur endgiltigen Erledigung der ArbeitsEinstellung auszubeharren.“

Hierauf wurde die Wahl des Streikkomitees vorgenommen, aus der hervorgehen: Soffie, Köner, Michelske, Klont und Libertz. Die Leitung des Streiks wurde dem Vorstand des Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter übertragen. Auf Antrag wurde die Zersammlung zu Gunsten der Streikenden auf fortgesetzt und nachdem Jubel noch aufgefordert hatte, alles zu vermeiden, was der Polizei Veranlassung zum Einschreiten geben könnte, schloß der Vorsitzende die stark besuchte Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Eine öffentliche Versammlung von Vorstands- sowie Ortsverwaltungs-Mitgliedern freier eingeschriebener Hilfsklassen fand am Dienstag Abend unter Vorsitz des Herrn Schindler statt. Herr Kühnle erstattete Bericht über die bisherige Tätigkeit der Kommission freier eingeschriebener Hilfsklassen Berlin und Umgegend. Nachdem der Redner einen Überblick über die Geschichte dieser Kommission gegeben, kam er auf die bisher erreichten Erfolge zu sprechen. Am 6. April 1889 bereits konnte die Kommission eine Versammlung abhalten, um ihre Bestrebungen darzulegen, die in der Hauptsache darauf gerichtet sind, auch den Familien

7) Die Rede Liebknecht's wird demnächst in ihrem Wortlaut besondres gedruckt erscheinen. Wir geben von ihr wegen Raum-mangels nur einen kurzen Auszug. Wenn es sich um längere Reden handelt, deren Veröffentlichung gewünscht wird, dürfte sich eine derartige Praxis überhaupt empfehlen, durch welche das Zentralorgan entlastet, und zugleich allen berechtigten Wünschen der Genossen wohl besser entsprechen würde, als es jetzt möglich ist. A. d. Red.

